

# Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementssatz pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgeschaltete Koloniezeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanträge finden keine Aufnahme.

In einer Ausl. von

**420000**  
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

## Der Kampf um das Wahlrecht.

In der Thronrede von 1908 erklärte der König von Preußen: „Mit dem Erlass der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Gute der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstärkung des Verantwortlichkeitsgefühls, entspricht.“ Ich erkläre darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.“

Als diese feierlichen Worte erslangen, war der heutige Reichskanzler und preußische Ministerpräsident noch Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, zugleich aber auch Mitglied des preußischen Ministeriums, dem er vorher als Minister des Innern aktiv angehört hatte. Neben dem Namen des verflossenen Fürsten v. Bülow steht auch seiner unter der Urkunde. Man kann also nicht behaupten, Bethmann Hollweg habe eine Absicht von seinem Vorgänger übernommen, bei der ihm die Rechtswohlthat der Ablehnungsmöglichkeit versagt worden wäre. Wenn er die Überzeugung gehabt hätte, daß die organische Weiterentwicklung des preußischen Wahlrechts überhaupt oder wenigstens zurzeit unmöglich oder schädlich sei, dann hätte er im Jahre 1908 gegen die Ausführungen der Thronrede Protest einlegen und — falls er damit nicht durchdrang — sein Amt dem König zur Verfügung stellen müssen. Das hat er nicht getan. Also hatte auch er direkt die Verpflichtung, nach dem Abgang des Fürsten Bülow das feierliche Versprechen zu erfüllen. Daß er dazu keinen ernsthaften Versuch gemacht hat, vielmehr von Anfang an darauf ausgegangen ist, unter dem Schein einer Reform die Reform des preußischen Wahlrechts unmöglich zu machen, das ist ein Vorwurf, der ihn als Mensch und als Staatsmann gleichermassen trifft und den er niemals von sich wird abwenden können. Mit Herrn Bethmann Hollweg sind wir fertig. Ein Mann soll zu seinem Worte stehen — der Reichskanzler hat diese erste Pflicht des Mannes versäumt.

Die Wahlrechtsreform, die am 27. Mai 1910 damit abgeschlossen ist, daß der preußische Ministerpräsident seine Vorlage im Abgeordnetenhaus bei der achten Beratung zurückzog, weil er die weitere Verhandlung als aussichtslos betrachtete, ist ein neuer Beweis für die barbarsche Rückständigkeit der preußischen Verhältnisse. Es geht nicht um rechten Dingen zu, daß eine ganz kleine Minderheit der Bevölkerung das Heft der Herrschaft in ihren Händen hat, es geht nicht mit rechten Dingen zu, daß sie sich auch weiterhin an dieser Herrschaft halten kann. Das ganze preußische Staatsleben ist auf dem Boden des Unrechts aufgebaut: es ist eine Lüge, daß Preußen eine Volk's Vertretung habe, es ist ein Betrug, daß jeder Staatsbürger eine Wahlstimme habe, denn nur die Stimme einer kleinen Minderheit wird gezählt und gehört. Einzig und allein der Umstand, daß gerade in der Zeit der lebhaftesten wissenschaftlichen Entwicklung des Landes sich neben und über Preußen ein anderes staatliches Gebilde — das Deutsche Reich — mit einem demokratischen Wahlrecht erhob, hat diesen schamhaften Zustand dem preußischen Volke noch eine gewisse Zeit lang erträglich erscheinen lassen; aber jetzt ist es zum Bewußtsein der Wichtigkeit einer Neuregelung der preußischen Dinge gekommen, jetzt ist das Proletariat in langen Kämpfen erstaunt und in sich gefestigt, jetzt ist das leidende Gefühl von der Unverträglichkeit der verroteten Funder- und Geißelherrschaft erwacht, jetzt ist das aufgewütigte Wahlrecht meinender Staatsstreicher nicht mehr haltbar!

Wenn ernste Männer voll stütlicher Kraft und Gewissenhaftigkeit, Männer, die ihre Augen nicht vor den Notwendigkeiten unserer Zeit verschließen, an eine Aenderung des preußischen Wahlrechts mit Entschlossenheit herantreten, dann ist sie im Handumdrehen gemacht. Das ganze Gerade von der Schwierigkeit des Unternehmens, von der gewaltigen Arbeit und der langen Zeit, die es erforderte, ist nichts als ein hundsgemeiner Schwindel. Wenn heute das preußische Abgeordnetenhaus aufgelöst wird und der Befehl an die Staatsbeamten, besonders die Landräte ergeht, bei den Neuwahlen die verfassungsmäßige Neutralität zu wahren, dann brauchen sich die Freunde des Reichstagswahlrechts nur zu einer leicht zu findenden taktischen Verhandlung die Hand zu reichen, die so konserватiv-klerikale Mehrheit hinwegzuführen, dann ist, selbst unter dem Dreiklassenwahlrecht, mit der konserватiven Herrlichkeit Schluss, die sich nur durch die brutalste Vergewaltigung der abhängigen Wählermasse hält, ihr Taten mit dem Umstand zu bedenken hat, daß jeder preußische Landrat ein tüchtiger Konservativer Wahlaussetzt ist. Von der Kaiserwirtschaft dieser edlen Herren in den Gefilden Pommerns und Schlesiens und Preußens macht man sich anderwärts keine Vorstellung. Und wenn die Numismantik des preußischen Herrenhauses nach der Vernichtung der heutigen reaktionären Mehrheit des Abgeordnetenhauses Späne machen wollte, da kann die Regierung durch die Erneuerung von ein paar Dutzend liberalen Mitgliedern, die ihr jederzeit freilegen, rasch helfen. Mit dieser Schütztruppe des Rückgriffs — der Simplizissimus behauptet, die Schichten, aus denen sie sich rekrutiert, seien wegen hoher Abels zum Teil des Lesens und Schreibens unfähig — ist verhältnismäßig leicht fertig zu werden.

Auso, wir wiederholen: eine ernste Persönlichkeit voll stütlicher Kraft mit einem weiten Blick findet keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der Reform des preußischen Wahlrechts. Ja, es bedarf

zur Reform nicht einmal einer Persönlichkeit vom weltgeistlichen Format; schon ein geschickter Taktiker kann die Aufgabe lösen, indem er seine Pläne in einzelnen Stufen durchsetzt, vorausgesetzt natürlich, daß er den guten Willen zur Reform hat.

Bethmann Hollweg, dessen unsame und in ihrer Eigenart aufdringliche Art der Pose eine kurze Weile auch erfahrene Politiker getäuscht hat, längst als wir ihn schon richtig gedenkennzeichnet hatten, hat nicht das Verantwortlichkeitsgefühl des großen Staatsmannes, der mit ruhiger und fester Hand ein Jahrzehntlanges unerträgliches Unrecht gutzumachen entschlossen ist und das Unrecht besiegen will, eben weil es Unrecht ist; er hat aber auch nicht einmal den einfachen schlichten guten Willen zu einer Reform, der in Verbindung mit dem primitivsten taktischen Geschick für seine Aufgabe genügen würde. Er ist auch nichts anderes als ein Junksfeuer, nie etwas anderes gewesen. Es ist auch nicht wahr, daß er selbstväter sei als irgend ein pommerscher Gutsbesitzer oder ein ostpreußischer Zwiefbrenner. Das ist noch lange keine Kultur, daß er den größeren Teil seines Lebens in der Schreibstube gesessen hat, während der andere auf dem Felde seine Knechte verprügelt oder sich nachts in die Kammer der Mägde einschläft.

Aber Bethmann Hollweg ist auch nicht dumm genug, um nicht zu wissen, daß die von ihm vorgeschlagene Wahlrechtsreform scheitern würde. Im Gegenteil, wir glauben, daß sie darauf angelegt war. Wenn es sich so verhält, dann hätte der Mann jetzt keine Niederlage erlitten, sondern von seinem Standpunkt aus einen Triumph gefeiert. Man wird zu dieser Auffassung gebracht, weil er auch nicht die mindeste Anstalt trifft, die Konsequenzen des Scheiterns seiner Vorlage zu ziehen. In vielen Zeitungen hat man ihm nahegelegt, daß er doch nunmehr schleunigst zu verschwinden habe, weil die bloße Verlängerung seiner Anwesenheit in seinem Amt schon eine heillose Kompromittierung der Staatsregierung bedeute. Aber er tut, als hörte und verstände er solche Mahnmale nicht. Dabei lachen in der Tat die Hügner über ihn. Man vergebenvärtige sich doch auch nur einmal den Gang der Ereignisse, um zu erkennen, wie dieser langstielige Philosoph in Preußen „regiert“!

Das preußische Wahlrecht ist auf der nach der Größe des Geldsackes abgestuften Klasseneinteilung der Wähler aufgebaut; es ist überdies ein öffentliches und indirektes Wahlrecht. Bethmann Hollweg schlug vor, das Wahlrecht direkt zu gestalten und die Klasseneinteilung durch Aufstellung anderer Qualifikationen neben der Steuerleistung zu verändern. Das war ein niederrücktägiges Studi, eine Verhöhnung des Volkes, eine schändliche Verdröhung des feierlich gegebenen Königswortes. Über es wäre wenigstens technisch möglich gewesen, mit einem so geründerten „Wahlrecht“ zu operieren. Man begann die Arbeit der konserватiv-klerikal Verbündeten im Abgeordnetenhaus, die das indirekte Wahlrecht wieder herstellen, das öffentliche haben, nämlich die geheime Abstimmung auf die Urwahlen beschänkt, dazu die Bevorzugung der sogenannten Kulturräte nur für einen engen Kreis von Personen aufzulösen. Damit war das Dreiklassenwahlrecht in seinen schlimmsten Bestimmungen erhalten geblieben. So ging die Vorlage an das Herrenhaus, nachdem die Regierung in einer geradezu jammervollen Schwächlichkeit den schwärzblauen Block hatte treiben lassen, was er wollte, allerdings ohne sich endgültig auf die eine oder andere Form der Wahlrechtsänderung festzulegen. Wenn die Regierung den Wünschen des schwärzblauen Blocks zustimmt, dann war ihre Annahme auch im Herrenhaus gesichert; ebenso konnte die Regierung bei ihrer ursprünglichen Vorlage stehen bleiben und jede Änderung ablehnen. Bisleicht hätte sie dafür im Herrenhaus eine Mehrheit durchgebrücht und schließlich auch im Abgeordnetenhaus ihre Absichten durchzusetzen vermocht. Zwischen diese zwei Möglichkeiten gefestigt, entschied sich Bethmann Hollweg mit der ihm eigenen Genialität für die dritte, nämlich weder nachzugeben, noch Widerstand zu leisten, sondern eine neue Schiebung zu versuchen. Die Freikonservativen hatten ihm inzwischen eingeredet, daß er nicht mit den konservativen-klerikal Eligue allein in Preußen regieren könne und dürfe; er sollte vielmehr die Sache so wenden, daß schließlich auch die National-liberalen und die Freikonservativen zustimmen könnten, möglichst unter Ausschluß der Zentrumspartei. Diesen Plan billigte Bethmann Hollweg und beauftragte seine Getreuen, die entsprechenden Anträge im Herrenhaus zu stellen, die dann auch beschlossen wurden: vor allem sollte die Drittelzung der Wähler nicht in Urnenschreien, sondern innerhalb von Bezirken mit 30 000 Einwohnern vorgenommen werden; damit war den reichen Leuten ein kolossales Übergewicht verschlichen worden. Sozialdemokratische Abgeordnete wären wohl überhaupt nicht mehr durchzusetzen gewesen und in Rheinland-Westfalen wäre die Herrschaft in den großen Städten aus den Händen des Zentrums dauernd an die National-liberalen übergegangen. Was war nun also erreicht? Die berühmte „Reform“ war nunmehr so gestaltet worden, daß sich der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlrechts noch außerordentlich verstärkt hätte, so verschärft, daß überhaupt nicht ein einziger Vertreter der Arbeiterschaft auf Wahl gehabt hätte. Organische Weiterbildung!

Dieser niederrücktägliche Charakter der so gestalteten Reform, diese schamlose Verhöhnung der breiten Massen des Volkes waren es ganz gewiß nicht, die die Sache schließlich zum Scheitern gebracht haben. Es war vielmehr die Abneigung der Konservativen, mit einem so jammervollen Regierungskollegium zusammenzuarbeiten und sich durch die Wünsche eines ehrlichen Bethmann Hollweg von ihren natürlichen Verbündeten, den Klerikalen, abdrängen zu lassen. Bethmann Hollweg mag töricht genug gewesen sein, sich eine Weile einzureden, er könnte die Konservativen von den Klerikalen trennen, die National-liberalen für sich einfangen und so eine Stärke für sein Schandwerk zu gewinnen. Da hat er sich aber gründlich getäuscht. Die Konservativen leuchteten ihm in einer Weise beim, wie sie noch niemals mit einem preußischen Ministerpräsidenten umsprungen sind. Sie hätten sich zwar sehr, mit ausgedrohten

Worten zu erklären, daß sie den Volk mit vom Zentrum aufrecht erhalten wollten, aber sie verworfen mit der größten sachlichen Energie alle Vorschläge, die das Herrenhaus in das Gejeg hineingearbeitet hatte, sicherten dadurch das Zentrum gegen die national-liberalen Übersätze und zertrümmerten die dreiste Füchte des untreuen Bethmann Hollweg.

Was nun? Der König ist durch das Versprechen, eine organische Weiterbildung des Wahlrechts in die Wege zu setzen, gebunden. Darauf geben wir nun nicht gerade abzuwiegeln. Wer das Volk ist in Bewegung geraten und wird und kann nicht mehr zurück, sondern muss auf der Durchführung einer Wahlrechtsreform bestehen. Ob Bethmann Hollweg bleibt oder schließlich doch noch zurücktritt wird, ist nebensächlich. Die Regierung wird vermutlich für mehrere Jahre keine Lust wieder verspielen, eine neue Vorlage zu bringen, sondern wird sich hinter den schon früher charakterisierten Redensarten verschleißen, das große Werk erforderne viel Zeit und Vorbereitung. Mit einer Verschiebung kommt sich aber das rechlose Volk nicht zufrieden geben, es muss sein ihm so lange vorerthaltenes Recht immer gebitterter fordern. Die Bewegung zur Erlangung eines demokratischen Wahlrechts darf deshalb nicht nur nicht absinken, sondern sie muss gesteigert, die Aufführung über das schmachvolle Treiben der Hetze einer willkürlichen Wahlrechtsreform muss in immer weitere Kreise getragen werden. Es gilt, den Sturz der Volksfeinde zu brechen, um Raum zu schaffen für eine gründliche Reform, Raum zu schaffen für das Entstehen einer wahren Kultur in dem kraut seiner Größe zwar „führenden“, tatsächlich aber rückständigsten Staate Deutschlands.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Während die Lage der Eisenmärkte recht ungünstig ist, hat die Börsenphantasie neuerdings den Alten der großen Eisenwerke starles Interesse entgegengebracht und die Kurze erheblich gesteigert. Gestattet wird dieser Widerspruch darin, daß die Ergebnisse der führenden Montanunternehmen gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt vorherrschende Stagnation im Weizen begriffen sei. Besonders Erfahrung der Eisenmärkte wird von einer lebhafteren Tätigkeit der amerikanischen Eisenindustrie erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Bisher aber lachten die Berichte vor allem über die europäischen Eisenmärkte wenig erstaunlich, Belgien setzte für verschiedene Erzeugnisse die Preise von neuem herab, auch der Deutsche Stahlverband hat vor kurzem eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung um 5% für die Tonne beschlossen, eine Maßnahme, die den sehr zugespitzten Weltmarkt auf dem Weltmarkt belastet. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Bisher aber lachten die Berichte vor allem über die europäischen Eisenmärkte wenig erstaunlich, Belgien setzte für verschiedene Erzeugnisse die Preise von neuem herab, auch der Deutsche Stahlverband hat vor kurzem eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung um 5% für die Tonne beschlossen, eine Maßnahme, die den sehr zugespitzten Weltmarkt auf dem Weltmarkt belastet. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zugespitzten Weltbeziehungen auf dem Weltmarkt belasten. Zurückhaltend blieb auch der letzte Bericht, den der Stahlwerksmarkt über die Geschäftszeit erwartet, für die manigfache Anzeichen vorliegen sollen. Eine ungünstige Beurteilung der Situation wurde durch die Meldung geführt, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoechst die Preise der Stabeisenkonvention gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Verbesserungen aufweisen, und die jetzt zug

der „reinen“ Werke bedeuten, die ihren Kollege vom Syndikat beziehen müssen. Profitieren von der Preiserhöhung würden natürlich die „gewünschten“ Werke, die über eigene Röte verfügen, durch die Steigerung der Preise also die Konkurrenzmöglichkeit der „reinen“ Eisenwerke unterdrücken.

Gestellt wurde die Überraschung über das Vorgehen des Kohlenhöfels noch dadurch, daß nur wenige Tage vor Veröffentlichung dieser Nachricht der Bericht für April erschienen war, in dem es unter anderem hieß, die Abschwächung der Monate Januar und Februar habe auch im März und April angehalten und die erhoffte Belebung der gewerblichen Tätigkeit sei nicht in dem erwarteten Umfang eingetreten. Innerhalb des Kohlenhöfels bestehen tiefergehende Differenzen zwischen den „reinen“ Betrieben und den „gewünschten“ Werken, die die Politik des Syndikats auszuschlagend bestimmen. Als während der Krise eine Kolspreisermäßigung auf Längen der „reinen“ Betrieb durchgeführt wurde, die davon eine bessere Beschäftigung der „reinen“ Eisenwerke und so einen gesetzten Kolsparsatz erwarteten, machten die „gewünschten“ Werke die Wirkung dieser Maßnahme dadurch hinfällig, daß sie zur Belästigung der „reinen“ Hochfeuerwerke die Kolspreise herabsetzten. Von der Entwicklung der „reinen“ Betrieb legt die Tatsache Zeugnis ab, daß sie jetzt schon auf Verhandlungen über die Erneuerung des Syndikatvertrages drängen, der erst im Jahre 1915 abläuft. Unter den jetzigen Vertragsverhältnissen ist, daß Kohlenhöfel für die großen gewünschten Werke eine zuerst wirksame Waffe in ihrem Verhandlungskrieg gegen die reinen Eisenwerke, wobei die Feldzugssachen auch von den „reinen“ Betrieb getragen werden müßten.

Die Form, in der sich die Erneuerung der großen Syndikate vollzieht wird — vor dem Kohlenhöfels hat der Stahlwerksverband die Frage der Verlängerung zu lösen —, wird für das gesamte wirtschaftliche Leben von weittragender Bedeutung sein. Trotz der schönen Worte der Industriekapitäne kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die neuen Syndikatsverträge eine Gestalt bekommen werden, durch die allein die übertragende Stellung der Konzessionen jenseitigen der reinen Werke jeder Art noch weiter gefördert werden wird. Typisch für den Lauf der Dinge sind die Versuche, einen neuen Kohleisenhöfels zu bilden. Alle Verhandlungen haben auf dem sehr einsetzenden Grunde zu seinem Ergebnis geführt, weil die „gewünschten“ Werke die „reinen“ Hochfeuerwerke ausgeschaltet wissen wollen. In Rheinland-Westfalen sind nach der Rheinischen Zeitung die großen gewünschten Werke einer Verständigung untereinander hinsichtlich der weiteren Behandlung des Konkurrenzmarktes etwas näher gekommen. Die Rückbildungszugnung der reinen Hochfeuerwerke wird damit erklärt, daß man mit ihnen erst Fähigung zu neueren beschäftigt, wenn die großen gewünschten Werke innerlich vollständig einzige sein werden. Große Hoffnungen werden sich dennoch die reinen Werke auf ein Zusammensehen mit den großen gewünschten Werken wohl nicht machen.

Unter den übergleichlichen Gesellschaften lennten die Hohenlohe-Werke in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit der Deutschen Röde in einem befriedenden Maße auf sich. Diese Gesellschaft wurde im Jahre 1905 gegründet, sie übernahm den Berg- und Hüttenbetrieb des Fürsten Hohenlohe-Dehringen. Seit hat der Fürst Hohenlohe in Verbindung mit der Deutschen Bank die Berliner Handelsgesellschaft, die in der Verwaltung den entscheidenden Einfluss hatte, herausgebracht. Seit einigen Jahren ist der Fürst Hohenlohe unter die Bankiers und Gründer gegangen, er hat gemeinsam mit dem Fürsten Fürstenberg ein Finanzbüro zur Verwaltung ihrer Rödevermögen errichtet. Sie nehmen, nachdem sie auch mit der Deutschen Bank verbündet sind, an zahlreichen Unternehmungen aller Art Interesse, sie legten es nun auch darum, die Hohenlohewerke wieder ihrer tatsächlichen Herrschaft zu unterstellen. Für das Jahr 1909 verteilen die Hohenlohewerke eine Dividende von 9 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahr. Zu dem Gesellschaftsbericht wird daran hingewiesen, daß die Industrie ihre Erzeugnisse besser als im Vorjahr verwerten konnte. Diese Zusage sei einmal auf die Verhinderungen der Betriebsentwicklungen, dann aber auch auf den im Februar 1909 gegründeten Zusammenschluß der zwölfzehn führenden Betriebe zu gründen. Der Zusammenschluß erfuhr im abgelaufenen Betriebsjahr eine Steigerung, hielt sich jedoch nicht genau auf der Höhe, um das Werk voll beschäftigen und die Betriebszwecke voll auszunutzen zu können. Eine Dividende von wieder 8½ Prozent berechtigte die Aktiengesellschaft Alsdorfer Hütte und Peiner Walzwerk. Der Gesellschaftsbericht steht hierbei, daß die Kostensteigerung der Alsdorfer Hütte im Jahre 1909 239 977 Taleren gegen 246 535 Taleren im Vorjahr betrug, und daß diese fast ausschließlich dem Peiner Walzwerk überlassen wurde. Die Gesellschaft hat von ihrer Produktion nur 19 779 Tonnen im Ausland abgesetzt, sie war dadurch gegenüber vielen anderen Betrieben in Vorteil, da dort der Zoll- und Kartellzwist im Ausland noch kein besseres Ende erzielt werden als im Ausland. Das Peiner Walzwerk ist der größte Formteileproduzent Deutschlands, es wird in dem Bericht berichtet, daß die Klasse 1909 in der letzten Zeit etwas gesunken ist, die Ergebnisse im laufenden Jahre jedoch ungünstig beeinflußt wurden durch die Ausspannung im Ausland und die außerordentlichen Verluste der Therosphäre. Über die Ergebnisse präsenter ökonomisch-wirtschaftlicher Werke gehen wir bereits erörtert. Sagen wir, die bisher zwar nicht ganz festgestellt, die aber wesentliche Steigerungen erwartet lassen. Die erhöhten Ergebnisse werden in der Hoffnung auf die Verbilligung der Produktion zurückgeführt, die sich bei den großen Betrieben sehr häufig gemacht hat. Das Schmelzwerk Marienhütte bei Solingen wird, wie berichtet, für das Jahr 1909/10 wieder eine Dividende von 6 Prozent verteilen, in dem am 1. April bestehende neuen Gesellschaft ist die Gesellschaft nach Beschluss der Hauptversammlung voll beschäftigt, insbesondere soll sich der Zusammenhang in der Abzugssatzrechnung bereits günstig verändert haben.

Der Verband Deutscher Zählerbausesselten hatte längst eine Reaktion zum Zweck der Fortsetzung der Verbesserung der Zählerrechnung eingereicht. Eine weitere Zusammenarbeit soll im Herbst fortsetzen. Die Vereinigung, die den entsprechenden Bericht präsentiert, gehörte noch der früheren Gesellschaft unter anderem die Aktiengesellschaften E. & C. G., Giese, Göttsche und die Schmelzwerke Simon, Müller und Sonnenburg in Hamm, Schleswig-Holstein und Schlesien, Jacquet & Co. in Stettin usw. — Eine schwerwiegende Gewerkschaftsversammlung der Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in der Gesellschaftszeitung anhängerlos regierte. Einiges steht für den Beginn des Gesellschaftszeitung bereits auf 2 Millionen Mark. — Die Verhandlung der Maschinenfabrik für Zählerbausesselten fand am 1. Mai auf 4 Sitzungstage statt. Sie wurde besiegelt, eine Miete von 2 Millionen Mark aufzuerheben. Sie mitgeteilt wurde, in

Stärkung dieses Fonds erhobenen Extrabeitrag von 4 Schilling zu zweitreiben ist. Um so mehr wurde über die allgemeine Verbandsfeste, woraus sämtliche übrigen Unterstützungen bezahlt werden, in Anspruch genommen. Dieser enthielt am Anfang des Jahres 324 472 £ 3 s. 10½ d. und am Ende mit 191 252 £ 18 s. 2½ d., hatte also trotz der nicht geringen Verbandsbeiträge um 133 219 £ 5 s. 8 d. abgenommen. Die Gesamteinnahmen betragen 1 072 607 £ 4 s. 2 d., darunter waren für Beiträge, Gebühren, Extrabeitäge und verkaufte Jahresberichte 370 756 £ 11 s. 1½ d., Gebühren beim Vorsitztag neuer Mitglieder 994 £ 14 s. 8 d., Eintrittsgelder 2078 £ 0 s. 8 d., Statuten und Mitgliedskarten 140 £ 11 s. 9½ d., Verkauf von Verbandsabzeichen 29 £ 13 s. 11 d., Verkauf des Verbandsbergs 878 £ 19 s. 3 d., zurückgezahlte Unterstützungen 1514 £ 3 s. 1½ d., Zinsen und Wichten 21 624 £ 6 s., aus dem parlamentarischen Fonds (von der Arbeitgeberpartei) 400 £, von der allgemeinen Förderation der Gewerkschaften 408 £ 3 s. 4 d. Ausgegeben wurden im ganzen 499 307 £ 16 s. 5½ d., und zwar an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung nicht weniger als 204 684 £ 15 s. 8 d., Krankenunterstützung einschließlich Krankenkontrolle und Arzte 59 813 £ 8 s. 7 d., Reisegeld für Mitglieder, die auf Verschreibung reisen 478 £ 8 s. 4½ d., Altersunterstützung 196 797 £ 12 s. 4 d., Streifunterstützung 3619 £ 10 s., Begräbnisunterstützung 15 324 £ 10 s., Unterstützung in Notfällen 10 091 £ 6 s. 3 d., weitere Unterstützungen an Verbandsmitgliedern (von Extrabeiträgen) 7111 £ 8 s., Drucksachen, Schreibmaterial usw. 6918 £ 7 s. 5½ d., Porto für Briefe, Telegramme und Versammlungsanzeigen 2042 £ 12 s. ¾ d., Postkarte, einschließlich Förderung 355 £ 9 s. 9½ d., Vergütung der Ortsverwaltungen 206 £ 18 s. 5 d., Bezirksausschüsse, Registratoren, Ortsdelegierte und Arbeitsnachrichten 4963 £ 11 s. 7 d., Vergütungen an die Sekretäre der Zweigvereine 7155 £ 5 s. 4½ d., an die übrigen Ortsbeamten 3731 £ 5 s. 1 d., Gehalte der Angestellten im Hauptbüro 2714 £ 0 s. 7 d., Beiträge an verschiedene Förderationen 5529 £ 11 s., Gehalte und Ausgaben der Bezirksleiter 2032 £ 6 s. 5 d., Rechtschutz 1624 £ 12 s. 7 d., Kortellbeiträge ca. 1801 £ 18 s. 4 d., an andere Gewerkschaften 370 £ 10 s. (darunter nach Schweden 20 £ aus der Hauptkasse und 308 £ auf Extrabeiträge), aus dem parlamentarischen Fonds 5316 £ 1 s. 6 d. (darunter an den Abgeordneten Barnes 277 £ 1 s. 8 d., an den Abgeordneten Duncan 231 £ 2 s. 6 d.), an das Ruskin College auf Extrabeitäge 344 £ 9 s. 9 d. Im ganzen wurden an Unterstützungen 449 480 £ 8 s. ½ d. ausgegeben, auf das einzelne Mitglied berechnet 4 £ 3 s. 7½ d., an Verwaltungskosten 43 653 £ 7 s. 8 d. (8 s. 1½ d.).

Die Kasse der Amalgamated Society of Engineers ist also von ihren Mitgliedern im vergangenen Jahre recht stark in Anspruch genommen worden. Manches Mitglied ist aber auch durch seine Gewerkschaft vor dem Elend bewahrt geblieben. In seinem Schlusswort betont der Kollege Jones denn auch, daß die Wiederstärkung der Kasse zunächst am notwendigsten wäre. Die letzte Zeit sei eine Prüfungszeit für den Verband gewesen; man dürfe aber in die Mitglieder das Vertrauen setzen, daß sie dem Verband Treue bewahren und ihm so zu immer größerer Stärke verhelfen werden. Wir können nur behaupten, daß die Berichte des Generalsekretärs dieser großen Gewerkschaft so kurz sind. Ohne Zweifel könnte er viel Interessanteres berichten. Die Abrechnungen der einzelnen Zweigvereine, die nicht weniger als 324 Seiten einnehmen, brauchen nicht in so allgemeiner Ausführlichkeit wiedergegeben zu werden.

## Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908.

Etwas zeitiger als in den Vorjahren konnte der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale, Genosse Legien, seinen sechsten Bericht, der das Jahr 1908 umfaßt, herausgeben. Die vielsach geäußerten Wünsche, der Bericht noch weiterlich zeitiger erscheinen zu lassen, da er ja an Aktualität einbüßt, können nicht erfüllt werden; Ende März dieses Jahres ist erst der letzte Bericht beim Sekretär eingegangen und trotz der Vorsorge einer sofortigen Überleitung bedarf die Herstellung dieses 16 Seiten umfassenden Berichts doch auch einige Wochen Zeit.

Der Bericht präsentiert sich uns in vollkommenem Form. Alle 19 dem internationalen Sekretariat angegeschlossenen Länder haben diesmal Berichte eingesandt. In dieser internationalen Gewerkschaftsübersicht fehlen nur noch die Angaben von Rumänien, Russland, Argentinien, Brasilien, Australien und Japan; Länder, in denen mehr oder weniger entwidoerte gewerkschaftliche Bewegungen vorhanden sind.

Nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere industrielle Länder hatten unter der Krise des Jahres 1908 zu leiden. Fernzufolge weisen die meisten Länder einen Mitgliederabgang auf. Eine nennenswerte Zunahme an Mitgliedern ist nur in England zu verzeichnen. Ungarn hatte einen beträchtlichen Rückgang der Mitgliederzahl, der zum großen Teil auf die Landarbeiterorganisation entfällt, deren Mitgliederstand von 11 838 auf 3 663 sank; zudem kommt ein Verlust von 31 700 Mitgliedern, den die Gewerkschaften der Industriearbeiter hatten.

Die absoluten Mitgliederzahlen sind nicht als Maßstab für die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation eines Landes zu nehmen, sondern das Prozentverhältnis der organisierten zu den beschäftigten Arbeitern kommt nur hierfür bestimmt sein. Zuverlässige Angaben sind hierfür jedoch nicht zu machen. Dänemark mit 48 und Schweden mit 40 Prozent Organisierten dürfen darin an der Spitze der internationalen Gewerkschaften stehen.

Die dem internationalen Sekretariat angegeschlossenen Länder rängen nach der Mitgliederzahl in folgender Reihe: England 2 406 742 (1907: 2 106 263), Deutschland 2 382 401 (2 446 480), Vereinigte Staaten 1 588 000 (1 586 985), Italien 546 650 (387 384), Österreich 482 279 (501 094), Frankreich 294 918 (715 576), Schweden 219 000 (239 000), Belgien 147 058 (181 015), Niederlande 128 845 (128 845), Dänemark 120 850 (109 914), Schweiz 113 800 (135 377), Ungarn 102 054 (142 030), Norwegen 48 157 (48 215), Spanien 44 912 (32 612), Finnland 24 009 (32 000), Bulgarien 12 933 (10 000), Kroatiens 4520 (8760), Bosnien 3997 (—) und Serbien 3238 (5434). Bei Frankreich war für 1907 die Mitgliederzahl nach dem amtlichen Bericht für 1904 angegeben, während die Zahl für 1908 nur die der Mitglieder der Gewerkschaften ist, welche der Landeszentrale angegeschlossen sind. Die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften in Frankreich ist bedeutend höher. Stellen wir hier wiederum die Zahl von 1904 ein und rechnen wie im Vorjahr für Australien und Neuseeland 213 136 Gewerkschaftsmitglieder, so ergibt sich in diesen 20 Ländern eine Gesamtmitgliederzahl von 9 308 157. Im Vorjahr war diese auf 9 029 980 berechnet.

Bon C l e i b e r t e k e n d e r Länder hat der aus England besondere Interesse. Für ihm werden in recht anschaulicher Form die politischen Kästen sowie die sozialpolitischen Maßnahmen bedrohten. Vielleicht ist auf diese hochgehende Bewegung des englischen Volkes auch der starke Zustrom zu den Gewerkschaften zurückzuführen, der in den letzten drei Jahren 500 000 Mitglieder betrug. Das Finanzreformgesetz, das auf dem Prinzip des Freihandelns basiert, verneint alle Erhöhungen auf die Gebrauchsartikel des täglichen Lebens, auf Werkzeuge für Industrie, wie auch auf den Handel und Verkehr. Von 19 Millionen £ neuen Einnahmen, die das Gesetz vorschlägt und von denen 9 Millionen £ für Altersversorgungen verwendet werden sollen, sollen 80 Prozent von den Regierungen aufgebracht werden. Kultivale Verwendung sollten diese Maßnahmen finden für die Linderung der Arbeitslosigkeit,

Besserung der Kanäle, Schiffsahrtswege, Häfen und Straßen. Ein Gesetz über die Lohnsätze lag vor, durch das für bestimmte Gewerbe Minimalsätze geschaffen wurden. 190 paritätische Arbeitsbörsen oder Nachweise wurden errichtet, für die die Regierung zwei Millionen £ bewilligte. Die obligatorische Speisung der Schulkinder wurde aus Antrag der Arbeiterpartei eingereicht. Mit Bedauern des Generalsekretärs der englischen Gewerkschaftszentrale Appleton die Verleihung der konservativen Daily Mail und des Sozialisten Daily Mirror aufzuheben, Deutschland und England in den Krieg zu holen. Im Bericht sagt er unter anderem:

... doch empfand man die entsetzliche Angst der Mail und Blackfords als eine Schwäche, denn die Engländer teilen sie nicht. Diese Enttäuschung erfüllte sie ferner ob der vielen Versuche, soziale Reformen in beiden Ländern dadurch zu verhindern, daß man den Krieg an die Wand malt. Möge sich deshalb der gesunde Menschenverstand in Deutschland wie in England gegen jöldre lärmende Unwissenheit und Selbstsucht erheben, die sonst des unerhörtesten Verbrechens des ganzen Jahrhunderts zur Folge haben könnten. Der Krieg hält jeden Fortschritt auf; er zerstört alle Hoffnungen (mit Ausnahme derjenigen der Geldverleiher und der Militärfeste); er entmündigt die Völker zur Sklaverei.

Aus Frankreich wird über eine starke Fortentwicklung der Organisationen und lebhafte Agitation berichtet.

Belgien zeigt in detaillierten Berichten der einzelnen Gewerbe genaue Einblicke über den organisatorischen und finanziellen Stand der Gewerkschaften. Die soziale Gesetzgebung stagniert vollständig.

In den Niederlanden enthalten Partei und Gewerkschaft eine Agitation für den geleglichen Jahrestag. Eine große Demonstration in Amsterdam leitete seine Aktion dafür ein. Die Kammer lehnte zwar mit 49 gegen 28 Stimmen die gesetzliche Einführung des Jahrestags ab, es wurde aber der Regierung antheingezogen, eine Einführung der Arbeitsdauer für alle erwachsenen Arbeiter auf zehn Stunden anzustreben. Bissher ist von der Regierung noch nichts geschehen. Auch für die Errichtung des allgemeinen Wahlrechts wurde vereint gewünscht. Bemerkenswert ist, daß die Organisation der Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter ziemlich unsangreich ist, auch ein Verband der Lehrer existiert.

In Dänemark richteten die Gewerkschaften einen größeren Teil ihrer Tätigkeit auf Linderung der durch die Krise drastischsten großen Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit erreichte einen nie dagewesenen hohen Grad, 20,25 Prozent der Mitglieder waren zeitweise arbeitslos. Trotzdem nahmen die Verbände noch um rund 6000 Mitglieder zu.

Schweden hatte ein Jahr der Kämpfe zu verzeichnen, in denen die Arbeiter, meist in die Defensivé gedrängt, die von den Unternehmern verübten Lohnabduktionen zurückweisen mussten. Schon zeigten sich die ersten Brotknoten für den großen Kampf, der im folgenden Jahre von den Arbeitern mit Erfolg geführt wurde. Bissher ist von der Regierung noch nichts geschehen. Auch für die Errichtung des allgemeinen Wahlrechts wurde vereint gewünscht. Bemerkenswert ist, daß die Organisation der Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter ziemlich unsangreich ist, auch ein Verband der Lehrer existiert.

In Norwegen dauerte die Forthärtung, die die Bewegung in den letzten Jahren machte, an. Eine besondere Agitation wurde unter den Seeleuten und den Arbeitern betrieben. Die soziale Gesetzgebung erzielte besonders Interesse: ein Geheimtausch über das Koalitionsrecht, die Unfallversicherung für Fischer, ein Krankenversicherungsgesetz und ein Vorderungsantrag bezüglich der Gewerbeinspektion.

In Finnland wird berichtet, daß der kleine Mitgliederzurückgang nicht allein auf die schlechten industriellen Verhältnisse, sondern auch auf das Wüten der politischen Reaktion zurückzuführen ist. Größere Kämpfe wurden in der Metall- und Papierindustrie geführt.

Den Bericht aus Deutschland können wir wohl übergehen, da in ausführlicher Weise vor Jahresfrist schon in der deutschen Presse darüber berichtet wurde.

Im Nachbarland Österreich-Este ist, das auch arg von der Krise betroffen wurde, verloren die Gewerkschaften 19 000 Mitglieder, doch verschulden diesen Rückgang auch die tschechoslowakischen Genossen, die fleißig dort arbeiten, um die bestehenden Zentralverbände in nationale Vereine zu spalten. Und da neben dem Nationalitätsbauer auch Österreich fast alle Siedler deutscher Gewerkschaftsrichtungen hat, bleibt die Verschärfung nicht aus. Ein gut ausgedeutetes Unterstützungswege und eine gesunde Finanzgestaltung zeigen übrigens den besten Grundstock der Organisationen. Unter dem ewigen nationalen Kriegsrecht leidet auch die Arbeit des Parlaments und damit die Sozialpolitik.

In Bosnien und Herzegowina berichten zum erstenmal: Eine soziale Schulbildung des Volkes (60 Prozent Analphabeten), reaktionäre Maßnahmen der Behörden, Rücksichtslosigkeit des Unternehmers, schlechter Geschäftsgang und Spaltungen der Organisationen in nationale Gewerkschaften erschweren zwar die Entwicklung der Zentralorganisationen, können deren Fortschritt aber nicht hindern. Seit 1909 erscheint ein Arbeitsblatt für die gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Aus Ungarn hören wir von noch schärfsteren reaktionären Maßnahmen als in den Vorjahren. Die Regierung löst nicht nur einzelne Sektionen auf, sondern läßt nur auch die Zentrale nicht mehr unbeschädigt. Als Gegenwehr griffen die Arbeiter zur Waffe des Generalstreiks. Mit ungeheurem Kraft kämpften trotzdem die Arbeiter, wenn ihre Mitgliederrechte auch gelöscht wurden.

Kroatien-Slawonien, Serbien und Bulgarien zeigen noch das Bild unbedeutender, doch stark in aufsteigender Entwicklung begriffener Gewerkschaften.

Die Schweiz mit ihrer großen Exportindustrie mußte natürlich unter der allgemeinen Krise leiden. Die Differenz in der Gewerbeaufschluß-Ziffer im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahr 114,5 Millionen Fr. bei 1038,4 Millionen Fr. überdeckt. Die Mitgliederzahl und die Anzahl der Kämpe sind dementsprechend etwas. Die Buchdrucker konnten das 50jährige Bestehen ihrer Organisation feiern.

Fatalien zeigt einen Aufschwung der Arbeiterbewegung, die Centralisation macht erfreuliche Fortschritte. Einen großen Streik führten die Landarbeiter in der Provinz Parma, an dem sich 30 000 Arbeiter beteiligten. Nach zweimonatigem hartem Kampf erhielt der Kampf ohne nennenswerten Erfolg für die Arbeiter. Mit ungeheurem Kraft kämpften trotzdem die Arbeiter, wenn ihre Mitgliederrechte auch gelöscht wurden.

In Spanien hat die Entwicklung der Centralverbände immer noch unter der anarchistischen Strömung zu leiden. Besonders ist die Mitgliederzahl rückläufig gewesen. 1899 erst 26 000 Mitglieder, zählte die Zentrale 1908 schon über 39 000 Mitglieder. Um die Streikbewegung zu vernichten, begann die Regierung mit der Verabschaffung der gewerkschaftlichen und der sozialpolitischen Parteiführer. Nur die Abgeordneten entgingen dem Kasten. Alle sozialistischen Zeitungen wurden unterdrückt, alle Arbeiterlokale und Büros geschlossen. Besonders in den größeren Städten waren alle Gefängnisse bald überfüllt. Allein in Madrid zählte man über 400 Verhaftungen. Die tyrannischen und grausamen Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterklasse, besonders in Katalonien, haben die größte Erbitterung im Volke wachgerufen, die sich noch steigerte durch die nachfolgenden Rüstungen. Die Landeszentrale und die sozialistische Partei verlangten mit Macht die Abschaffung des Kabinetts Rauta. Ansätzlich der Protestbewegung gegen den Krieg wurden nicht weniger als sieben Anklagen gegen den Vorsitzenden der Landeszentrale erhoben; außerdem zwei gegen den zweiten Vorsitzenden, eine gegen den Sekretär, während ein Vorstandsmitglied durch ein Kriegsgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Den Schluß bildet der Bericht von den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Er bestätigt nur zunächst mit dem Monarch zu Toronto und dem dort ansässigen Reichstag, den Anschluß an die Zentrale zu vollziehen. Die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter Nordamerikas wird auf 3 Millionen geschätzt. Der Bericht klingt in einer Verabschiedungsumgebung aller internationalen Gewerkschaften aus, was gewiß auch der Wunsch aller Arbeiter ist.

## Aussperrung in der Bielefelder Metallindustrie.

Es ist die zweite Aussperrung, die den Arbeitern der Bielefelder Metallindustrie vor einigen Tagen angebracht wurde. Wie die erste, resultierte sie aus Differenzen im Fabrikbetrieb der Maschinenfabrik Dürkopp & Co. Im Jahre 1905 waren es die Möbelarbeiter, die eine beschlebene Erhöhung ihrer Löhne durchsetzen wollten und die in den Streik treten mußten, um ihren Wünschen den gehörenden Nachdruck zu verschaffen. Heute waren es die Arbeiter der Ringschiffenabteilung und nach ihnen die der Kleder, die durch das barische, provozierende Auftreten des Direktors Dürkopp in den Ausstand traten und damit die Ursache der Aussperrungsandrohung gaben.

Diese Erinnerung, daß die Aussperrungsandrohung selbst aus Differenzen im Dürkopp'schen Betrieb entstanden ist, nicht zufällig, sondern hat ihre ganz besondere Bedeutung. Sie ist zu erklären durch die persönlichen Qualitäten des Herrn Nicolaus Dürkopp. Während in den meisten Betrieben der Bielefelder Arbeiterausschüsse eingefestigt sind, die in Differenzenfällen die Vermittlung zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft übernehmen und dadurch schon viel Gutes im Interesse der Arbeiterschaft, nicht minder aber im Interesse der Aussperrungshaltung der Huhe im Betrieb geschaffen haben, will bei Dürkopp eine solche Einrichtung nicht auskommen. Sie existiert zwar formal und ein Teil ihrer Mitglieder sind rechtlich bemüht, die Einrichtung warmes Leben einzubringen. Aber alle diese Versuche sind bisher erfolglos gewesen. Sie scheiterten an den Unverträgen des Directors Dürkopp, sachliche Verhandlungen mit Vertretern der Arbeiterschaft führen zu können. Ein Mann, der es gewohnt ist, daß alle Beamten im Betrieb, vom Kaufmann bis zum Fabrikanten abwärts bis zum neuangekommenen Bürmeister, ständig vor ihm stehen und widersprüchlich seine Anordnungen und Befehle über sich ergehen lassen müssen, der wird es stets als eine Anmaßung betrachten, wenn die Arbeiter Verhandlungen stellen und freimüdig die Berechtigung eines beruflichen Verlangens nachweisen wollen. Sein Benehmen den Arbeiterausschüsse gegenüber ist dann auch das denkbare. Entweder läßt er die Unterhändler, die um Verhandlungen nachzuhören, durch schändliche Entwicklungen des Verhandlungstermins oder er behandelt in einer Tonart, die auf einem Pferdemarkt üblich sein mög, im Verkehr eines Fabrikanten mit Vertragsmännern der Arbeiterschaft sich jedoch nicht zielt. Und schließlich ist er sich seiner Macht bewußt, die Arbeiterschaft zu bestimmen, die sie ihm herabreden, ablehnen zu dürfen. Das ist das Bild des Herrn Nicolaus Dürkopp. Für den Physiologen würde es auch interessant sein, das Bild des Menschen Dürkopp kennen zu lernen. Rücksichtslosigkeit in höchster Potenz, Prozentsatz, Gewalttätigkeit sind auch in diesem Bild die kräftigsten Züge.

Da ist es denn kein Wunder, daß die Arbeiterschaft bei diesen Depots häufiger ansetzt, als mit den Unternehmern anderer Betriebe, die gelegentlich der Unterhandlungen besondere Umgangsformen beobachten. In den Kreisjahren 1907/08 sind in einzelnen Betriebsräumen des Dürkopp'schen Betriebes Ablöseabduktionen vorgenommen worden, ohne daß die Arbeiter in der Lage waren, sich gegen die eingetreteten Verhandlungen mit Erfolg zu wehren. Auch in anderen Fabrikbetrieben sind in dem genannten Zeitraum da und dort Verhandlungen durchgeführt worden. Die Arbeiter haben deshalb beim Eintritt in die bessere Konjunktur versucht, die Scharten einzigermaßen wieder auszutrocknen, und in mehreren Abteilungen der Betriebe von Agel & Rempel, der Anderwerse und der Fahrzeugstallfabrik von Lohmann, Nagel und Wülfopp ist es erfreulicherweise gelungen, einige Aufhebungen durchzuführen. Auch die Kollegen der Ringschiffenabteilung bei Dürkopp, die trotz der angestrengtesten Tätigkeit nicht vermochten, den vor der Ablöseabduktion des Jahres 1908 erzielten Verdienst wieder zu erreichen, wurden zunächst beim Vertriebler und später bei der Betriebsleitung dochstatisch mit dem Wunsche einen Ausgleich mit dem früher erreichten Verdienst durch eine mäßige Erhöhung der Ablösejahre herzuführen. Statt mit den Arbeitern in einer sachlichen Prüfung dieser Wünsche einzutreten, belädt Herr Dürkopp wieder die alte Verzögerungstatik und propagiert durch seine Umgangsformen die zu einer Verhandlung hinzugezogenen Arbeitnehmer damit, daß diese in einer unmittelbar darauf abgeklärten Verhandlungsbereitung beobhalten, zwar in den Betrieb zurückzukehren, die Arbeit jedoch nicht aufzunehmen, bis eine geordnete Verhandlung garantiert sei. Als dann den Kollegen vom Meister das Ultimatum gestellt wurde, entweder zu arbeiten oder den Betrieb zu verlassen, wählten sie das Letztere. So entstand der Streit der Ringschiffenbauer, der leicht hätte vermieden werden können, wenn es auch nur zu einer geregelten Verhandlung gekommen wäre. Die Bemühungen des Arbeiterausschusses und der Verbandsleitung, eine Verständigung herzuführen, blieben erfolglos. Ebenso erfolglos blieben dagegen auch die Bemühungen der Betriebsleitung, für die streitenden Ringschiffenbauer Erfolg zu bewirken.

So stand die Bewegung der Ringschiffenbauer durchaus günstig. Da traten auch die Kollegen der Kleder erneut an ihren Meister heran mit dem Erwischen, für ihre bereits im November des vergangenen Jahres gewährten Wünsche bei der Fabrikleitung Verständigung zu erwirken. Statt einer bindigen Antwort erfolgten wieder Berufe, die Angelegenheit zu verzögern. Schon drohte die Arbeitsniederlegung, als es gelang, mit Dürkopp selbst eine Unterredung herbeizuführen, deren Resultat aber auch nichts anderes war, als das vage Versprechen, daß er (Dürkopp) nach Rückkehr von einer Reise die Angelegenheit unters

liert, der die Unterhändler ihren Auftraggebern zur Annahme empfehlen sollten. Ein Ultimatum des Fabrikantenvereins, das nach der Ansicht der Unternehmer die Basis der Verständigung bildete, wurde von unseren Unterhändlern für indistriabel erklärt. Wir stellen beide Vorschläge im Wortlaut gegenüber:

### Ultimatum des Fabrikantenvereins.

### Vergleichsvorschlag des Gewerbege richtsverbandes.

Der Verein Bielefelder Fabrikanten, G. V., und der Arbeitgeberverband der Metallindustrien sind bereit, von der in der Sitzung vom 20. Mai beschlossenen Ausspritung Abstand zu nehmen, falls die Arbeit in der Königlichfachabteilung und in der Rüsterei bei der Firma Dürkopp & Co. unter Ausschluß der von der Firma Dürkopp & Co. bezeichneten sieben Personen sofort wieder aufgenommen wird. Die Firma Dürkopp & Co. dagegen verpflichtet sich, die bereits vor Ausbruch des Streiks in Aussicht gestellte Revision der Löhne der Rüsterei vorzunehmen und die Löhne dort, wo es erforderlich erscheint, aufzubessern.

I. Die Beteiligten erkennen an, daß angestrebt ist, zu verhindern, daß es wegen der verhältnismäßig unbedeutenden, den Ausgangspunkt der Ausspritung bildenden Lohndifferenzen zu einer allgemeinen Ausspritung kommt.

II. Aus dieser Überzeugung heraus einigen sich die Unterhändler unter folgenden gegenseitigen Zugeständnissen:

1. Die Ausspritung, soweit sie bereits in Kraft getreten ist, wird rückgängig gemacht; die Arbeiter der Königlichfachabteilung und der Rüsterei nehmen die Arbeit zu den früheren Bedingungen wieder auf.

2. Die Firma Bielefelder Maschinenfabrik verzichtet die Aufbesserungsbedürftigkeit der Löhne der Königlichfachabteilung im allgemeinen, erläßt sich dagegen bereit, die Löhne der Rüsterei einer Revision zu unterziehen und gegebenen Falles aufzubessern.

3. Die sieben von der Firma Bielefelder Maschinenfabrik bezeichneten Arbeiter der Königlichfachabteilung und Rüsterei, deren Wiedereinstellung die Firma ablehnt, werden nicht wieder eingesetzt, jedoch soll damit nicht ausgeschlossen sein, daß dieselben nicht in anderer, hiesigen Fabrikbetrieben Anstellung finden können.

In einer Versammlung der Gewerbegerichtsvertreter wurde der Vermittlungsvorschlag des Gewerbegerichtsverbandes mit 35 gegen 35 Stimmen bei 3 Stimmabstimmungen angenommen, nachdem die Ortsverwaltung die Annahme bedacht bestimmt hatte. Möglicherweise für diese Entscheidung war die Erwagung, daß die Ablehnung des Vergleichsvorschages die Ausspritung auf der ganzen Linie nach sich gezogen hätte und daß in einer Zeit, in der das Fahrtodgeschäft so gut wie erledigt ist, offensichtlich hatten die Unternehmer die Ausspritungserfordernisse derart bemessen, daß ihnen die Abwicklung der eiligen Aufträge noch möglich war. Sie waren auf einen Kampf von längerer Dauer vorbereitet und — in unisono — und da war zu prüfen, ob das Kampfsobjekt in einem ruhigen Verhältnis stand zu den materiellen und persönlichen Opfern, die der Kampf auf der ganzen Linie erfordert hätte. Wie die Dinge einmal lagen, war nicht daran zu denken, daß Dürkopp, der 1895 einen längeren Streit über sich ergehen ließ, der vor zwei Jahren die "Stria"-Werke in Greiz durch einen längeren Streik lämmen ließ, der seiner Gesellschaft enormen Schaden zufügte, sich zu weiteren Konzessionen bereit erklärte oder auf die Maßregelung der sieben von ihm bedienten Arbeiter verzichten würde. Außerdem kam es darauf an, finanzielle und persönliche Kräfte zu sammeln für eine Zeit, in der die Arbeiter über eine günstigere Position sowohl finanziell der Geschäftslage wie der Kampfstellung verfügen konnten.

So wurde dann der Vermittlungsvorschlag zugestimmt und der Kampf für bereit erklärt. Am Montag den 20. Mai erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit.

Sowohl die Urfächer und der Verlauf der Bewegung. Zu beobachten blieben noch einige unerfreuliche Verstärkererscheinungen, die aus der Bestimmung der Arbeit über den wenig erfreulichen Ausgang der Ausspritung resultierten. Trotzdem alle Welt wußte, daß die Kollegen der beiden Betriebsteile ohne Zustimmung der Ortsverwaltung die Arbeit wieder eingelebt hatten, die Ortsverwaltung also direkt in die Situation hineingedrängt wurde, glaubten viele Kollegen ihrem Gott über den Ausgang der Bewegung durch Verhandlungen der Beamten Auskunft geben zu müssen. Zu einer Reaktion kam es, die die Lage der Wiederaufnahme der Arbeit abgehalten wurde, obwohl jedoch die Stimmung um, nachdem die Ortsverwaltung die Situation eingehend geäußert hatte.

Statt der von einigen Befürchtungen angekündigten Inschrift hofften wir durch die Bewegung eine weitere Stärkung der Organisation zu erfahren.

## Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

### II.

Die Reichskommission zur Bearbeitung der Kriegsversicherungsordnung hat in der ersten Sitzung ihrer Tagung die ersten 60 Paragraphen erledigt. Sie maßen einen Teil der gemeinsamen Verteilung. Der wichtigste Teil dieser Bestimmungen ist der, der sich auf die Versicherungsbehörden bezieht. Der Ertrag ist längst als unterste Versicherungsbehörde die inneren Versicherungsämter, die in der Regel für den Haupt einer anderen Verwaltungsbahörde eingerichtet werden sollen. Über ihnen stehen die Oberversicherungsämter, von denen jedes für in dem Kreis einer höheren Verwaltungsbahörde befindet und jüngst in Form des Reichsversicherungsamtes für das ganze Reich oder das Landesversicherungsamt für den einzelnen Bundesstaat. Diese drei Ebenen der Versicherungsbehörden sind für alle Angelegenheiten der Rüstung und der Reichsversicherung bestimmt, die sich auf die Durchführung der Arbeiterversicherung beziehen.

Die Aufgaben der Versicherungsämter lassen sich: 1. für alle Zweige Leitung der Wirtschaft der Versicherungsbehörde, Auszahlung betreffend Gehaltsabrechnung, Entlohnung bei Beauftragung des Ortsleiters, Entscheidung über Erreichbarkeit und andere Sonderfragen. 2. Aufgaben für die Rentenversicherung. Inspektion über die Rüsten und Lagerbestände, Bewertung bei der äußeren Organisation der Rüsten, Entscheidung in Streitfällen und am Rechtsgerichten, Beurichtigungen von Rüstenbeständen bei Streit, Genehmigung von Rentenabnahmen. 3. Aufgaben aus der Haftversicherung, Beurichtigung in Straffällen, 4. Aufgaben aus der Unfallversicherung, Entscheidung im Strafverfahren, Entschädigung einzelner Sträflinge, Entlastung bei Ausschaltung der Betriebe, dem Betriebsverzeichnis, Rüstenabrechnung u. s. w., Beurichtigung von Selbstverschulden, Abschaffung der Haftung des Betriebes, Beurichtigung von fehlenden Haftversicherungen. 4. Aufgaben für die Renten- und Sicherheitsversicherung. Entscheidung aus Nutzen-, Beschwerden, Streitigkeiten, Beurichtigung an der Unfallversicherung, Beurichtigung in Straffällen, Beurichtigung des Rechtsgerichts.

Die Regierungsschule hat vorgevöglichen, daß die Versicherungsämter in der Regel an staatliche oder gesetzliche Bescheiden entsprechend werden, jedoch sollte die oberste Versicherungsbehörde des Reichs, die Versicherungsämter und die selbständige Behörden zu entstehen. Die Staatsverträge müssen entsprechende Erlassungen gegen jedes Betrieb, eine neue Rüste zu erhalten. Den folgenden ist die Staatsverträge und ein Teil des Gesetzes an. Alle diese Verträge werden größer sein, doch sie befürchten, ein neues und neue angebrachte große Kosten verursachen. Sie setzen es denn auch in der Gewissheit darum, dass die Errichtung der Versicherungsämter als selbständige Behörde keinen Zweck habe. Sicherlich soll das Sicherungsamt jetzt nur eine besondere Abteilung der zentralen Sicherheitsbehörde bilden.

Der Regierungsschule hatte ferner vorgeschlagen, daß dem Versicherungsamt stets ein besonderer Vorsitzender gegeben werde, für den Fall, daß das Versicherungsamt einer andern Behörde angegliedert werden sollte, was zwar vorgeschlagen, daß der Leiter dieser Behörde zugleich der Vorsitzende des Versicherungsamtes sei, daß aber für ihn ein ständiger Stellvertreter bestellt werden sollte. Die Konservativen wollten unter allen Umständen diesen selbständigen Vorsitzenden bestätigen, da sie befürchten, daß sonst doch auf einem Umwege das Versicherungsamt sich allmählich zu einer selbständigen Behörde entwinden könnte. Die Regierungsschule erriet entschieden dafür ein, daß ein bestimmter höherer Beamter als ständiger Leiter des Versicherungsamtes tätig sein müsse, weil es sonst ganz unmöglich wäre, daß das Versicherungsamt seine wichtigen Aufgaben so, wie es nötig ist, erfüllen könnte. Die fortschrittliche Volkspartei vertrat die Ansicht, daß die neue Organisation an sich nicht zweckmäßig sei. Die Ausgaben, die ihr zugedacht seien, könnten zum größten Teil ohne eine solche Organisation besser erfüllt werden. Sie schlugen sich deshalb in dieser Frage auf die Seite der Konservativen und hielten diesen damit, dem Versicherungsamt die Möglichkeit zu seiner Betätigung auszukosten einzuräumen. So wurde als Regel aufgestellt, daß der Leiter der unteren Verwaltungsbahörde zugleich der Vorsitzende des Arbeiterversicherungsamtes sein sollte. Selbst der Versuch der Sozialdemokraten, einen besonderen Vorsitzenden für das Versicherungsamt dadurch zu beschaffen, daß für diesen Posten dem Leiter der unteren Verwaltungsbahörde in allen Fällen ein ständiger Vertreter beigegeben werden sollte, scheiterte. Ebenso wurde ein Antrag des Zentrums abgelehnt, der die Möglichkeit auszusprechen wollte, daß dort, wo es notwendig erscheinen würde, ein besonderer ständiger Stellvertreter des Vorsitzenden ernannt werde. Vielmehr wurde es ganz dem Belieben der Verwaltungsbahörde überlassen, wie es mit der Leitung des Arbeiterversicherungsamtes machen will. Als Stellvertreter des Vorsitzenden soll ernannt werden können, "wodurch Vorbildung oder Erfahrung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung dazu geeignet ist". Die Sozialdemokraten befürchteten, daß auf Grund dieser Bestimmung solche Leute zu Stellvertretern der Vorsitzenden der Versicherungsämter ernannt werden könnten, die die große Masse der Arbeiter nicht als geeignet ansahen würden. Namentlich ist zu befürchten, daß ausgediente Offiziere nach einer kurzen Ausbildung zu diesen Amtmännern ausgewählt würden. Um dies zu verhindern, verlangten die Sozialdemokraten, daß derartige Vorsitzende, wenn sie nicht vorherhin durch die Beifüger im Versicherungsamt gewählt würden, nur mit Zustimmung der Beifüger als Stellvertreter des Vorsitzenden ernannt werden könnten. Auch dies ist von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden und so hat die Behörde vollständig freie Hand behalten, denjenigen als Stellvertreter des Vorsitzenden anzustellen, den sie für geeignet dazu erachtet.

Die Beifüger im Versicherungsamt werden zur Hälfte von den Arbeitern, zur anderen Hälfte von den Unternehmern gewählt. Für die Wahl war das indirekte Wahlverfahren vorgeschlagen. Es sollten die Vorsitzende der Konservativen die Beifüger für die Versicherungsämter wählen, die Beifüger der Oberversicherungsämter und die ebenfalls die Beifüger für das Reichsversicherungsamt und für die Landesversicherungsämter wählen. Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Wahl eine allgemeine, direkte, gleiche und geheime sein solle. Die Mehrheit ließ es jedoch im wesentlichen bei dem vorgeschlagenen Wahlverfahren, nur daß nicht der Vorstand der Rüste als solcher, sondern die einzelnen Vorstandsmitglieder die Wahlen ausführen sollen. Im übrigen wurde für alle Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung die Verhältnismäßigkeit vorgeschrieben. Bezeichnend ist, daß gegen die direkte Wahl ein Teil der Beifüger in abgeordneten den Ausdruck gab.

Nach der Vorlage durften als Vertreter der Arbeiter oder Unternehmer in die Versicherungsämter nur Männer, keine weiblichen Personen gewählt werden. Die Sozialdemokraten forderten, daß dieses Wahlrecht auch auf die Frauen ausgedehnt würde. Die Regierung vertrat vehement diesen Antrag, da die verhinderten Regierungen es nicht annehmen könnten, daß Frauen obigeistliche oder richterliche Funktionen ausüben sollen. Auch hier gab das Zentrum den Ausdruck gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Für die, die in den Vorstand oder den Ausschuß der Arbeiterversicherungsorganisationen gewählt werden, hatte der Entwurf den Erfolg der harten Aussagen vorgebracht. Daneben kam das Statut über einen Rentschuldbetrag für Zeitverlust, den Vertretern der Versicherung statt dieses Rentschuldbetrages auch Erfolg für entgangenen Arbeitsdienst zuwilligen. Die Sozialdemokraten verlangten, daß den Arbeiterversprechern unter allen Umständen unter den dritten Aussagen der erlöste Zeitverlust erzeigt werden sollte. Dabei wollten sie auch die Arbeiterversprecher beobachten, die angeblich etwa ohne Arbeit waren. Denn auch sie haben durch ihre Tätigkeit im Interesse der Arbeiterversicherung einen Verlust, da sie in dieser Zeit abgehalten werden, sich nach andere Arbeit umzusehen. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission ging aber auf den Vorschlag der Sozialdemokraten nicht ein, sondern begnügte sich darum, den Arbeiterversprechern unter allen Umständen den Erfolg ihrer harten Aussagen und Erfolg für entgangenen Arbeitsdienst zu sichern, ohne eine besondere Bestimmung für die arbeitslosen Arbeiterversprecher zu erlassen. Außerdem kann die Sanktion eines Rentschuldbetrags für Zeitverlust den Gewählten zählligen.

Die Kommission wird jetzt die Beratung der gemeinsamen Vorstände zu Ende führen und sich dann dem 6. Buche zuwenden, das das Verfahren der den Versicherungsbehörden regelt.

## 12. Generalversammlung des Zentralverbands aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

K. Vom 22 bis zum 28. Mai tagte in München der Zentralverband der Schmiede. Es waren 37 Delegierte, 9 Gewerke, 3 Vorstandsmitglieder, der Redakteur der Schmiede-Zeitung und je ein Vertreter des Reichstages und der Reichsabgeordneten anwesend. Die Generalversammlung hatte sie zu und der Deutsche Metallarbeiter-Verband den Kollegen Eichels delegiert. Seiner hatten der österreichische Metallarbeiterverband und der böhmische Maschinenarbeiterverband Vertreter entsandt. Der wichtigste Beratungspunkt der Generalversammlung war die zweite Sitzung im Elzendorf. Diese Sitzung drückte den ganzen Verhandlungen den Etat auf. Es ist daher begreiflich, daß schon bei den Beratungssitzungen alle Redner auf sie eingingen, ohne daß sie inhaltlich das vorliegende Gesetz anstrengten. Das war zum Verhängnis geworden, denn man gefiel leicht nicht, ausführlich über die Beratungssitzungen zu berichten, wie manche über das am einziges aus den Beratungssitzungen hergehoben, weil sie die ganze Situation kennzeichneten. Beispielsweise der 2. Aug. führte in seiner Eröffnungsrede wieder anderes aus:

"Wir sind jedoch oft zuvornengelangt, um über das Wohl und Weil des Verbands zu beraten. Heute stehen wir aber in einer einzigen Sache, wir haben über eine Frage zu beraten, die den angeborenen Bedarf für uns ist. Die Meinungen der Kollegen werden teilweise einander entgegenstehen, ich bin aber überzeugt, daß alle Kollegen mir das Recht für den Verband wollen und die Verhandlungen werden zeigen, daß die sozialdemokratische Union nicht vorbehält, daß die Gewerkschaften nicht mit dem Verband zusammenarbeiten, um über das Wohl und Weil des Verbands zu beraten. Seine Redner haben die Agitation erhöht und die Agitation gefördert. Heute würden die Unorganisierten von zwei Seiten umworben, den Erfolg haben sollten die Gegner, die sagen: Ihr seid ja selbst nicht einzig. Die Unternehmer seien einzig, die hätten sich in mächtigen Organisationen zusammen geschlossen und diese fragten auch nicht, ob die Schmiede im Deutschen Metallarbeiter-Verband oder im Schmiedeverband organisiert seien. Bei Kampfen geht bei den Unternehmern nicht die Entscheidung zu fallen. Und wir wollen nur dann einer Verschmelzung zustimmen, wenn uns bei Kampfen Selbstständigkeit eingeräumt wird? Nein, das geht nicht. Dann können noch in Betracht, daß ein Teil unserer Mitglieder als Metallarbeiter, Fräser, Bohrer arbeiten. Da Schmiede

habe in Österreich ständig zugemessen und es seien auch Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erzielt worden.

Unser Kollege Eichel überbrachte die besonderen Grüße der rund 20 000 Schmiede, die in unserem Verband organisiert sind, und die Grüße der übrigen hunderttausende organisierten Metallarbeiter. Reichel sprach den Wunsch aus, daß alles trennende bestellt wird in der Freundschaft, daß wenn die Arbeiter einig sind, auch ihre Macht wächst. Es sei gelungen, 400 000 Metallarbeiter in einer Organisation zu vereinen, eine Lücke der Gewährte, erfolgreich für die Verbesserung des Loses der Arbeiter zu wirken. Mögliche Entscheidung in der Verschmelzungfrage ausfallen, wie sie wolle, sie würden auch weiter bestrebt sein, die gegenwärtigen Beziehungen zu verstetigen und das Trennende zu bestreiten. Die Seiten seien heute so, daß man gern dem Unternehmen gegenüberstehen möge. Sein Wunsch gehe dahin, daß es gelingen möge, die Organisation der Arbeiter immer mehr auszubauen.

Den ersten Verhandlungstag füllten die Geschäftsberichte und die sich hier anschließende Debatte aus. Nach dem Gesprächsrecht, der sich über die Jahre 1908/09 erstreckt, ist die Mitgliedszahl um rund 500 zurückgegangen, sie betrug am Schluß des Jahres 1908 14 492. Das erste und zweite Quartal 1909 brachte ebenfalls einen Rückgang, im dritten steigerte sie dann die Mitgliedszahl gegenüber dem zweiten Quartal um 852 und blieb auch im vierten ziemlich konstant. Sie betrug am Schluß 1909 15 099. Nach dem Erscheinen der ersten Bericht betrugen die gesamten Einnahmen in der zwanzigjährigen Geschäftssperiode 851 181,95 M. An Beiträgen allein wurden 331 986,15 M. eingenommen. Die gesamten Ausgaben betrugen über 900 110,29 M., so daß 48 928,34 M. weniger eingingen. Der Bestand der Hauptkasse und der Zahlstellen betrug am Schluß der Geschäftssperiode 103 348,06 M. gegen 152 276,40 M. am 1. Januar 1908. Von den Ausgaben haben wir hier vor: Krankenunterstützung 205 138,02 M., Arbeitslosenunterstützung 163 208,31 M., Streik- und Gemahrgeldunterstützung 101 549,99 M., Reiseunterstützung 23 493,07 M. Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung hat sich gegen die Geschäftssperiode 1906/07 verdreifacht, während die Streik- und Gemahrgeldunterstützung sich um über die Hälfte reduziert hat. Für die Schmiede-Zeitung wurden 45 600,39 M. ausgegeben.

An die Berichte schloß sich eine ausgedehnte Debatte in der der beabsichtigte Übertritt der Hamburger Zahlstellen zu unserem Verband und die sich hier anschließenden Auswirkungen von vier Schmieden eingeschlossen. Der Hamburger Schmiede wurde von anderen Rednern verurteilt, auch die Ausschlüsse seien angebracht gewesen. Einige Redner erklärten dagegen, daß man nicht gleich zum schärfsten Mittel hätte greifen sollen, es seien alte Kollegen betroffen worden, die schon für den Verband gearbeitet hätten. Dem Kaiser und dem Ausschluß wurde hierauf Deckung erteilt. Die Entlastung für den Gesamtvorstand wurde bis zur Beratung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zurückerstellt.

Am zweiten Verhandlungstage gab Verbandsvorstand Langen den Bericht über die Verhandlungen mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands. Der Vorstand der Zahlstellen wurde dann bestimmt: 1. Der Übertritt der Zahlstellen Hamburg in den Metallarbeiter-Verband wird abgelehnt. 2. Der Vorstand des Schmiedeverbandes verpflichtet sich, mit dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbands in unbedingliche Verhandlungen über die Vereinigung beider Verbände einzutreten. 3. Über die Verhandlungen ist vom Vorstand des Schmiedeverbandes an seine Generalversammlung Bericht zu erstatten. Die weiteren Verhandlungen fanden dann am 21. September 1909 in Hamburg statt. Sie führten zu keinen befriedigenden Resultaten. Auf die von dem Schmieden gestellte Forderung, daß sie bei einer Verschmelzung eine besondere Gruppe mit selbstständiger Leitung und eigenem Verwaltungsrat bilden, schieden die Vertreter des Metallarbeiter-Verbands nicht ein. Es wurde die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangt, was der Ausschluß aber ablehnte. Langen erklärte nun, der Vorstand habe nicht anders handeln können, er habe die Pflicht gehabt, einzutreten und da sei der nächste und beste Weg der gewesen, sich an den Vorstand des Metallarbeiter-Verbands zu wenden. Sie seien sich bewußt gewesen, daß, wenn sie diesen Weg gehen, der Metallarbeiter-Verband auch gewisse Konzessionen verlangen würde, aber er (Redner) würde dies, wenn er an der Stelle des Metallarbeiter-Verbands gestanden hätte, auch getan haben. Freiwillig hätten sie diesen Schritt nicht gemacht, sie wären durch die Verhältnisse dazu gezwungen gewesen.

In der Debatte wurde das Verhalten des Vorstandes scharf verurteilt, von einigen wenigen Delegierten aber auch verteidigt. Besonders schärfe sprach der Ausschlußvorstand Basner (Berlin) gegen den Vorstand. Er sagte: Nachdem die Dresden Generalversammlung die Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verband abgelehnt, hätte der Vorstand kein Recht gehabt, sich in weitere Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband einzulassen. Er habe in seinem Leben schon so viele Resolutionen fassen müssen, und sei überzeugt, auch bei den Hamburger Kollegen wäre es mir bei der Resolution geblieben, zum Übertritt wäre es sicher nicht gekommen. Was wäre näher gelungen, daß der Vorstand sich mit dem Ausschluß in Verbindung gebracht hätte? Er habe dies nicht getan, er sei zu allen möglichen Institutionen gegangen, nur zum Ausschluß nicht. Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbands habe ja die Situation sehr gekrönt ausgenutzt. Basner hat, dem Vorstand eine Rüge gegeben, trug ihn bei einem Teil der Mitglieder eine scharfe Opposition ein. Es wurde die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangt, was der Ausschluß aber ablehnte. Langen erklärte nun, der Vorstand habe nicht anders handeln können, er habe die Pflicht gehabt, einzutreten und da sei der nächste und beste Weg der gewesen, sich an den Vorstand des Metallarbeiter-Verbands zu wenden. Sie seien sich bewußt gewesen, daß, wenn sie diesen Weg gehen, der Metallarbeiter-Verband auch gewisse Konzessionen verlangen würde, aber er (Redner) würde dies, wenn er an der Stelle des Metallarbeiter-Verbands gestanden hätte, auch getan haben. Freiwillig hätten sie diesen Schritt nicht gemacht, sie wären durch die Verhältnisse dazu gezwungen gewesen.

In der Debatte wurde das Verhalten des Vorstandes scharf verurteilt, von einigen wenigen Delegierten aber auch verteidigt. Besonders schärfe sprach der Ausschlußvorstand Basner (Berlin) gegen den Vorstand. Er sagte: Nachdem die Dresden Generalversammlung die Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verband abgelehnt, hätte der Vorstand kein Recht gehabt, sich in weitere Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband einzulassen. Er habe in seinem Leben schon so viele Resolutionen fassen müssen, und sei überzeugt, auch bei den Hamburger Kollegen wäre es mir bei der Resolution geblieben, zum Übertritt wäre es sicher nicht gekommen. Die Unternehmer seien einzig, die hätten sich in mächtigen Organisationen zusammen geschlossen und diese fragten auch nicht, ob die Schmiede im Deutschen Metallarbeiter-Verband oder im Schmiedeverband organisiert seien. Bei einem Zusammenschluß würde die Aktionsfähigkeit wesentlich erhöht und die Agitation gefördert. Heute würden die Unorganisierten von zwei Seiten umworben, den Erf

verbund sei also schon in gewissem Sinne ein Industrieverband. Sollen nun diese Kollegen abgegeben werden? Die einzige Lösung sei die Verschmelzung. Die Zahl der im Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede steige von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1904 waren es 8000, Ende 1909 aber rund 20000, während der Schmiedeverband nur 15099 Mitglieder habe. Das sei ein Zustand, doch es ein Fehler wäre, wenn er hochgehalten würde. Man habe bei anderen Organisationen gesehen, daß sie sich zusammenschließen, obwohl sie nicht die Berufssouveränität verbindet, die zwischen den Schmieden und den Metallarbeitern bestehe. Was siehe der Verschmelzung unserer Organisation mit dem Metallarbeiter-Verband im Wege? Das Statut und die Unterstützungsvereinigungen seien so ziemlich die gleichen. Wenn aber selbst größere Unterschiede vorliegen, dann wäre dies kein Hindernis. Es könnte aber doch nicht verlangt werden, daß die Schmiede im Metallarbeiter-Verband eine selbständige Organisation bilden. Das können der Metallarbeiter-Verband auf keinen Fall machen. Den einzelnen Branchen im Metallarbeiter-Verband sei viel freier Spielraum gegeben. Und diese Rechte hätten auch die Schmiede. Allerdings, beim Zentralvorstand des Metallarbeiter-Verbands müßte eine Stelle eingesetzt werden, die sich im besonderen mit den Berufsausgleichsrechten der Schmiede zu befassen hätte; aber so, wie es der Vorstand wolle, dem könnte man nicht zustimmen. Die Schmiede könnten keinen Stand im Staate bilden. Die straffe, zentralistische Form müsse hochgehalten werden. Die Organisationen, die im Laufe der Zeit zum Metallarbeiter-Verband übergetreten seien, hätten damit nur gute Erfahrungen gemacht; die Zahl der Organisierten dieser Berufskategorien habe zugenommen. Es sei auch zu bedenken, daß, wenn die Verschmelzung nicht aufzugehen käme, ein großer Teil der Kollegen diesen Weg selbst gehe. Die Einigkeit und Geschlossenheit sei aber noch nie so notwendig gewesen wie jetzt. Die Kollegen möchten dies beachten und ihre Beschlüsse danach richten. (Beifall.)

Siering unterbreite eine Resolution, worin es zum Schluß heißt:

In Erwähnung dieser Gründe, insbesondere, daß diese Verschmelzung nur durch einen Anschluß unserer Organisation an den Deutschen Metallarbeiter-Verband bereitgestellt werden kann, beschließt die 12. ordentliche Generalversammlung:

1. den Mitgliedern den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu empfehlen;
2. der erweiterte Vorstand wird beauftragt, nochmals mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Verbindung zu treten, um die endgültigen Übertrittsbedingungen festzusetzen;
3. darf über diese Übertrittsbedingungen eine Urabstimmung mit einfacher Majorität entscheiden soll.

Diese Urabstimmung ist unverzüglich in die Wege zu leiten.

Sollte die Urabstimmung eine Mehrheit für die Verschmelzung ergeben, dann gilt damit der Übertritt als vollzogen. Der offizielle Tag des Übertritts ist durch die beiderseitigen Zentralvorstände zu vereinbaren.

Der Referent, der zweite Vorsitzende des Verbandes, Kamps (Hamburg), sagte, der Metallarbeiter-Verband habe bisher rücksichtslos die Berufsangehörigen anderer Organisationen zu sich heran gezogen. Er habe sich sehr wenig um die diesbezüglichen Entscheidungen des Gewerkschaftskongresses gekümmert. Es sei daher nicht verwunderlich, wenn er viele Mitglieder von Berufen, für die eine selbständige Organisation besteht, in seinen Reihen hat. Wenn an die Verschmelzungsträger herangetreten werden sollte, dann müsse vor allen Dingen ein gesunder Boden geschaffen werden, daß die Reiterreien, wie sie in den letzten Jahren vorkamen, aufhören. Es müsse auch eine Unterlage geschaffen werden, die eine Annäherung möglich mache. Wir sollten dem Gange der Entwicklung nicht vorgreifen, sondern sie in ruhige Bahnen lenken. Für eine Berufsorganisation seien die Kollegen viel leichter zu haben als für den Industrieverband. Für die Rekrutierung sei die Berufsorganisation nötig. Die Schmiede verschwinden im Industrieverband. — Bei der Konferenz seien die Vertreter des Metallarbeiter-Verbands mit Vorschlägen gekommen, die weiter nichts gewesen seien als ein Zusatz zu unserem Statut. Das Verhalten des Vorstandes vom Metallarbeiter-Verband bedeute, daß man den Schmieden keine Rechnung tragen wolle. Es bleibe nichts übrig, als die Vorschläge des Metallarbeiter-Verbands abzulehnen. Eine Urabstimmung über das Angebot des Metallarbeiter-Verbands habe keinen Zweck. Er sei kein Gegner der Einheitsorganisation, sondern trete für die vom Vorstand auf der Konferenz gemachten Vorschläge ein. Der Metallarbeiter-Verband müsse zeigen, daß er bereit sei, einen guten Boden für die Verschmelzung zu schaffen. Der Metallarbeiter-Verband wolle von einer straffen Organisation nicht ablassen, aber die Industrieverbände seien in dieser straffen Weise nicht mehr geeignet und es gebe auch im Metallarbeiter-Verband das Streben danach, eine freiere Bewegung für die einzelnen Berufe zu schaffen. Da solle der Metallarbeiter-Verband sehen, daß nach dieser Richtung etwas getan wird, und andere Formen schaffen, die diesen Wünschen Rechnung tragen. Sollten die Schmiede auf ihre Selbstständigkeit ganz verzichten, ohne ein Niquivalent einzulösen? Das wäre ja Selbstmord. Die Angaben des Metallarbeiter-Verbands über die bei ihm organisierten Schmiede könnten nicht zur Grundlage gemacht werden, denn sie hätten in einigen Orten gefunden, daß sie nicht stimmen. Der Metallarbeiter-Verband habe vor allen Dingen dahin zu wirken, daß die gegenwärtigen Reibereien aufhören, das Trennen beseitigt und ein gesunder Boden zur Verständigung geschaffen werde. (Beifall.)

Kamps schlug folgende Resolution vor:

„Die zwölftägige Generalversammlung des Zentralverbandes aller in den Schmiederei beschäftigten Personen ist mit dem Resultat, daß die Verhandlungen der Vorstände des Deutschen Metallarbeiter-Verbands und des Schmiedeverbandes gezeigt haben, nicht einverstanden. Die Vorschläge des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbands sind nicht als ein Ergebnis einer Verhandlung zu betrachten, welches ein Entgegenkommen etwaiger gestellter Wünsche erfordern läßt. Die Vorschläge sind, soweit dieselben für die Mitglieder in Frage kommen — also in ihrem wichtigsten Teil — lediglich ein Auszug aus dem Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, worüber nicht erst verhandelt werden braucht, die für jedes Einzelfall bei einem Übertritt in Betracht kommen müssen.“

Die Generalversammlung erklärt es deshalb für unabkömmlig, auf diese Vorschläge einzugehen und lehnt dieselben ab, weil in der vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands gewollten Form keine gefunde Entwicklung für die Einheitsorganisation zu erwarten ist.“

Die Generalversammlung erwartet vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, daß er auf Grund des Vorschlag des Vorstandes unseres Verbandes vom 21. September 1910 die nötigen Schritte unternimmt, der Einheitsorganisation den Weg vorzubereiten.“

Die Debatte über die Vorschläge ging sorgfältig aus. Es kamen 50 Redner zum Punkt, die energetisch ihre Ansicht vertreten und um das Für und Wider streiten. Doch von den Gegnern einer Verschmelzung auch Ausfälle gegen unseren Verband und einzelne seiner Beamtten gemacht wurden, ist weiter nicht verwunderlich. So mancher „faulige“ Jungenspruch kam vor. Wir wollen aber diese Seitenhiebe auf unseren Verband nicht tragisch nehmen und nicht noch besonders hervorheben, zumal weil die Debatte sonst allgemein ergebnislos geblieben war.

Prinzipieller Gegner einer Verschmelzung war eigentlich niemand. Im wesentlichen waren es nur die Übertrittsbedingungen, wo größere Gegenstände bestanden. Die Forderung des Vorstandes, daß die Schmiede bei einer Verschmelzung im Metallarbeiter-Verband eine besondere Gruppe mit selbständiger Leitung und eigenem Verwaltungsberecht bilden, wurde wohl von einer Reihe Delegierter verteidigt, aber auch ebenso heftig als unerschöpfbar Forderung bestanden. Bezeichnend ist, daß Delegierte, die vor zwei Jahren noch gegen eine Verschmelzung erschienen, nun für den Zusammenschluß eingetreten. Für die Verschmelzung plädierten besonders die Delegierten von Berlin, Hamburg und — mit einer Ausnahme — vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die besonders auf das Riesen-

Kapitel der dortigen Großindustrien hincollaten, dem ein starker, geheimer Verband gegenüberstehen müsse. Die Süddeutschen, mit Ausnahme des Münchener — die eine Mittellinie hielten —, wollten die Berufsorganisation aufrecht erhalten oder nur zu den vom Verbandsvorstand aufgestellten Bedingungen übertragen. Zu Beginn der Debatte brachte Schmitz (Mannheim) eine Resolution ein, die über die Vorschläge des Vorstandes des Schmiedeverbandes zum Übertritt eine Urabstimmung verlangte. Der Vorstand solle als angenommen gelten, wenn zwei Drittel der Mitglieder — sich für ihn erklären. Dieser Resolution stimmten die Verschmelzungsgegner sämtlich zu, während sie von der anderen Seite als unannehmbar bezeichnet wurde. Gauleiter Lecheler (München) unterbreite eine Resolution, die aber von den Verschmelzungsgegnern zurückgewiesen wurde. Heranzuhaben ist aus der Debatte noch, daß mehrere Redner betonten: Komme es jetzt zu keiner Verständigung, dann sei zu befürchten, daß eine große Zahl Mitglieder, ohne den eventuellen späteren Übertritt des Gesamtverbandes abzuwarten, zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übertragen.

Bemerkenswert sind die Ausführungen des Vertreters der Generalkommision. Er wies auf die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses in der Grenzstreitigkeitsfrage hin, in der ausgesprochen wird, daß die Entwicklung sich in der Richtung zum Zusammenschluß zu großen Verbänden bewegt. Er betonte dann, die Generalversammlung habe immer in dieser Frage möglichst große Neutralität gewahrt. Sie greife nicht ein, wenn es nicht notwendig sei. Er wolle daher auch die Generalversammlung nicht beeinflussen, diesen oder jenen Weg zu gehen, sondern nur die Ansicht wiedergeben, die er als Außenstehender durch die Debatte gewonnen habe. Da müsse er sagen, daß der Zustand, doch die Schmiede in zwei Verbänden organisiert sind, nicht erfreulich ist. All die Differenzen, die zwischen beiden Verbänden entstanden seien, hätten darin ihre Ursachen. Wenn dieser Zustand bestätigt werde, wäre dies zweifellos für die Schmiede ein Nachteil. Die Position des Schmiedeverbandes sei durch die Entwicklung der Verhältnisse ungünstiger und die Zahl der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede von Jahr zu Jahr größer geworden. Die Ursachen hierfür seien in den Verhältnissen in der Metallindustrie begründet. Aus diesen Gründen werde es auch für den Schmiedeverband für die Zukunft schwer werden, seine Position zu wahren. Er werde immer mehr mit der Tatsache zu rechnen haben, daß ein Teil seiner Berufsangehörigen nach und nach zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergeht. Von den vorliegenden Resolutionen werde wohl keine eine große Mehrheit bekommen. Es müsse aber versucht werden, einen möglichst einmütigen Beschluss zu erzielen. Im Prinzip seien ja alle für die Verschmelzung, und da müsse sich auch ein Weg der Verständigung finden. Vielleicht sei es gut, wenn die vorliegenden Resolutionen einer Kommission übertragen würden, die dann einen Vorschlag mache, der befriedigend sei.

Kollege Kießel antwortete auf eine Reihe von Vorfürsten, die gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband gewählt worden waren. Er betrachtete es als einen erfreulichen Fortschritt, daß es heute nicht mehr hieße, nur der Schmiede könne den Schmied organisierten. Es sei anerkannt worden, daß auch eine andere Organisation die Interessen der Schmiede wahren kann. Wenn gesagt werde, die angegebene Zahl der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede stimme nicht, so wolle er diesem nicht an und für sich, sondern nur der Tenne z, die in dieser Behauptung liege, widersprechen. Die Redner hätten sagen müssen, daß in ihrer Organisation derjenige Zustand, vielleicht in noch höherem Maße als bei den Metallarbeitern vorhanden ist. Sie würden ja, wie stark das Übergangs- und Übertrittsrecht von einem Berufe zum anderen bei unseren Kollegen sei. Diese Tatsache hätte keine Veranlassung geben dürfen, die von einer Organisation aufgestellten Zahlen zu bezweifeln. Dann sei gefragt worden, da und dort wäre für diese oder jene Branche nichts getan oder wäre für sie nicht viel erzielt worden. Er könne nicht auf dies alles eingehen, meine aber, bei dieser wichtigen Frage sollten alle kleinen Geschäftspunkte besetzt geschoben werden, da sie die Hauptfrage nicht beeinflussen. Der Standpunkt von Kamps, der keine strenge Centralisation wolle, entbehre der geübten Begründung. Ihm sei davon nichts bekannt, daß bei uns eine weniger strenge Organisation verlangt werde. Unsere Generalversammlung hat sich einstimmig für Aufrechterhaltung der straffen Organisation erklärt. Nun sei auch gesagt worden, wir hätten die Verhandlungen hinausgeschoben. Wir wollten zuerst einmal abwarten, bis im Schmiedeverband Ruhe eingetreten sei. Dann kamen noch verschiedene Sachen dazwischen, die die Verhandlungen hinausdröhnen. Es wurde auch der Vorwurf erhoben, wir hätten unsere Generalversammlung über die Verhandlungen nicht unterrichtet. Das ist nicht richtig. Wir haben darüber im Jahrbuch jährlich Bericht erstattet. Allerdings wurde auf der Generalversammlung nicht besonders darauf eingegangen. Ich glaube, unser Vorstand wird gern bereit sein, die Sache unserer nächsten Generalversammlung vorzulegen. Es besteht aber kaum Aussicht, daß unsere Generalversammlung über die von uns gemachten Vorschläge noch hinausgeht. Unser Vorstand könnte nicht anders, als auf Grund des Statuts Vorschläge machen.

Nach den Schlusworten des Referenten setzte eine längere Geschäftsaufnahmesdebatte bezüglich der Abstimmung ein. Schließlich wurde eine siebenstündige Kommission, der drei Verschmelzungsteilnehmende angehören, eingesetzt. Der Kommission wurden die vorliegenden Resolutionen übertragen. Sie sollte Rücksichten ausarbeiten, auf denen eine Verständigung möglich ist.

In einer der nächsten Sitzungen erstatte die Kommission dann Bericht. Sie schlug folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die 12. Generalversammlung nimmt Stellung zu den Vorschlägen des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbands und erklärt, diesen Vorschlägen nicht zustimmen zu können. Dagegen erlässt sich die Generalversammlung im Prinzip für eine Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, um dem Bestreben zur Schaffung einer Einheitsorganisation Rechnung zu tragen.“

Der Zentralvorstand in Verbindung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses werden ermächtigt, mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in ernste Verhandlungen einzutreten. Die Generalversammlung erwartet, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands bei diesen Verhandlungen der besonderen Lage der Schmiede durch Einräumung besonderer Rechte Rechnung tragen wird.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist zunächst der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands vorzulegen. Hat diese ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen gegeben, wird das Ergebnis den Mitgliedern des Zentralverbandes aller in den Schmiederei beschäftigten Personen zu einer Urabstimmung vorgelegt.

Die Vereinbarung gilt als angenommen, wenn die Mitgliedschaft mit Dreißig Prozent der derselben zustimmt.

Ist die Verschmelzung durch die Urabstimmung beschlossen, so sind die endgültigen Formalitäten durch einen außerordentlichen Verbandstag zu erledigen.

Apenhorn, Kamps, Kruse, Lecheler, Samerer, Schmitz, Siering.“

Bei der Abstimmung wurden zunächst die Anträge, die eine Verschmelzung auf Grund der Vorschläge des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbands erwartet, abgelehnt. Die Schmiedeverbande verlangten, mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Resolution der Kommission wurde dann mit 30 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, angenommen. Damit war die Verschmelzungfrage erledigt.

Am vierten Verhandlungstage gab Redakteur Bielemann an den Bericht der Redaktion. Bielemann verteidigte die Haltung der Schmiedeverbande zum Streikverbot in Mannheim. Was er geschildert habe, glaubte er im Interesse des Verbandes tun zu müssen.

Der Berichterstatter der Pressekommission, Behnke (Hamburg), berichtete, daß die Kommission im allgemeinen mit der Haltung des Verbandsorgans einverstanden gewesen sei, aber nicht mit dem, was der Redakteur über den Streik im Streikverbot geschrieben habe. In nicht weniger als zehn Nummern der Schmiede-Zeitung sei zu diesem

Streit Stellung genommen und die Haltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands kritisiert worden. Das sei des Guten zuviel gewesen.

In der Debatte über den Redaktionsbericht wurde die Haltung der Redaktion zum Streikverbot zum Teil als berechtigt anerkannt — besonders Schmitz (Mannheim) verteidigte die Artikel des Redakteurs —, teils auch kritisiert. Zum Punkt „Gewerkschaftliche Taktik“ referierte kurz Verbandsvorsitzender Dr. Langen. Seine Ausführungen gipfelten in einer Resolution, die einstimmig Annahme fand und in der es heißt:

„1. Die in München stattfindende 12. Generalversammlung erkennt aufs neue an, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen des gesamten Schmiedegewerbes einer dringenden Verbesserung bedürfen. Da aber den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auf Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft seitens des organisierten Unternehmertums der größte Widerstand entgegengesetzt wird, ist es eine dringende Notwendigkeit — den bisherigen Grundsätzen unseres Verbands folgend —, mehr als bisher durch gute Diplomatie in unseren Reihen die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft im Schmiedegewerbe zur Geltung zu bringen. 2. Lokalregelungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch corporative Verträge der beiderseitigen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber sind empfehlenswert und für unser Gewerbe als durchführbar anzusehen. Da aber vielsach der Wille der Arbeiter infolge Überlegenheit der wirtschaftlichen Stellung der Arbeitgeber nicht in vollem Maße Verstärkung findet und dadurch Bestimmungen in den Verträgen Aufnahme finden, welche auf eine freie, reelle Vereinbarung keinen Anspruch erheben können, so ist darauf hinzuweisen, nur kurzfristige Verträge abzuschließen, damit Verbesserungen an diesen nicht auf längere Zeit unterbunden werden können. 3. Die Dauer der Arbeitszeit ist wegen der schweren physischen Arbeit zu verkürzen und auf 8 Stunden herabzusetzen. 4. Die Arbeitszeitbestimmungen der Gewerbeordnung reichen nicht aus, um wirksam das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Dies gilt besonders von der am 1. Januar 1910 in Kraft getretenen Verordnung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeserindustrie. Diese Verordnung ist nicht geeignet, eine Befestigung oder Einschränkung der Überarbeit und Überstunden herbeizuführen. Auch die Werkstätten und Arbeiterräume in ihrer Beschaffenheit sind äußerst mangelfhaft und ungenügend. Es fehlt hier ein Gros von rechtsgerichteten Vorschriften mit der Maßgabe, wo nach Zahl der beschäftigten Arbeiter ein ausreichender Raum vorhanden sein muß. Unterstellt muss auch Vorsorge getroffen werden, daß Raum, Staub und verdorbene Luft entfernt werden. 5. Desgleichen ist zu fordern: Heranziehung von sachkundigen Arbeitern zur Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen und Unfallverhütungen. 6. Ausgehend von diesem Grundsatz, beschließt die Generalversammlung, durch gewerkschaftliche Eingaben an Behörden und Parlamente sc. dahin wirken zu wollen, daß bessere moderne Verhältnisse geschaffen werden.“

Zur Maifeierfrage sprach ebenfalls Dr. Langen. Er begründete folgende Resolution, die auch Annahme fand:

„1. Als Grundlage der Maifeier gelten die Schlußsätze des Parteitag und Gewerkschaftskongresse. Da nun Parteivorstand und Generalkommision ihrem Auftrag gemäß eine Regelung getroffen haben, monach die Form der Feier und damit in Verbindung stehende Unterstüzung geregelt ist, beschließt die Generalversammlung, die Anordnungen des Parteivorstandes und der Generalkommision als maßgebend anzuerkennen. 2. Die Beschlüsse über die Maifeier, welche auf den früheren Generalversammlungen gefasst wurden, werden hiermit aufgeheben.“

Über die Resolution des Verbandsreferats referiert Kamps (Hamburg). Eine Stärkung der Fassenberghälfte sei unbedingt nötig. Man gebe Kämpfern entgegen und diesen Stärke der Verband mit dann gewappnet gegenüber, wenn ein größerer Kampffonds geschaffen werde. Der Vorstand schlägt vor, die Beiträge in 5, 10, 15, 20 und eine kleine Einzahlung zu erhöhen und eine kleine Einzahlung vorzunehmen. Die Bezugsdauer solle bei sämtlichen Unterstützungen nur 60 Tage betragen.

In der hier anschließenden Debatte traten einzelne Redner für die Beitragserhöhung ein, andere bekämpften sie, da sie einen Mitgliedsverlust befürchteten. Stärkerer Schreiber fügt hinzu, den Beitrag um 10 % zu erhöhen und die Unterstützungsvereinbarungen in der jetzigen Form zu belassen. Beschlossen wurde, die Beiträge um 5 % zu erhöhen. Sie betrugen nun in der ersten Klasse 65,- in der zweiten Klasse 45,- pro Woche. Für jugendliche und weibliche Mitglieder bleibt der Beitrag von 25,- wöchentlich.

Um Statut und Reglementen wurden eine Reihe von meist unverbindlichen Änderungen vorgenommen. Die örtlichen Verwaltungsstellen bekommen fünfzig statt 25 nur 20 Prozent der Einnahmen für Eintrittsgelder und Beiträge. Abgesehen wurde ein Antrag, daß die Generalversammlung anstatt alle zwei fünfzig alle drei Jahre stattfinden solle. Die Pressekommision wurde aufgeheben und deren Obliegenheiten dem Ausschuß übertragen. Bei der Karneval- und Arbeitslosenunterstützung wurde die Beitragsdauer auf 60 Unterstützungsstage festgesetzt. Das bedeutet bei der Karnevalunterstützung eine Einschränkung gegen die bisherigen Bestimmungen. Bei der Umzugsumunterstützung wurden ebenfalls einige Änderungen vorgenommen.

Das neue Statut tritt am 1. Juli 1910 in Kraft.

Bei den Wahlen wurde der alte Vorstand wiedergewählt, ebenso der Redakteur und die Gauleiter. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Hamburg, der des Ausschusses in Berlin. Geschäftsführer des Ausschusses bleibt Bielefelder.

Am Schlusse der Tagung brachte Schmitz (Bremen) eine Resolution ein, in der ausgesprochen wird, daß die Generalversammlung nun, da die Verschmelzung im Prinzip beschlossen wurde, vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands erwartet, daß er etwaige Übertritte von Mitgliedern des Schmiedeverbandes bis zur endgültigen Regelung der Übertrittsbedingungen zurückweist. Die Resolution aufträgt den Vorstand ferner, nach dieser Richtung hin mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands Rücksprache zu nehmen. Die Resolution wurde angenommen.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Die nächste Generalversammlung soll 1912 in Düsseldorf stattfinden.

Auf der vorliegenden Generalversammlung des Schmiedeverbandes waren nur fünf Delegierte für den Übertritt. Da die Zahl der Übertrittsvereine sich auf 14 vermehrt hat, also mit nur 5 Stimmen unter der Mehrheit geblieben ist, ist über ein Zeichen dafür, daß der

## Zur Aussperrung in den Kreisen Hagen-Schwellm.

Am 1. Juni ist wieder eine größere Zahl von Formern und Gießereiarbeitern entlassen worden. Gelüftigt wurde jetzt 1000 Metallarbeiter. Die Zahl der Ausständigen ist, da viele Unorganisierte sich darunter befinden, noch nicht genau festzustellen möglich gewesen.

Mit Rücksicht auf die Unorganisierten, die infolge der brutalen Aussperrung gänzlich mittellos sind, haben die Sozialdemokraten in Hagen bei der Stadtverwaltung Rotsandarbeiten beantragt. Der "freimaurige" Bürgermeister und Reichstagsabgeordnete Dr. Cuno nahm dazu eine ehrliche "freimaurige" Stellung ein. Er sagte, die Arbeitssucher hätten die Entwicklung auf dem wirtschaftlichen Gebiete nicht erkannt oder den Arbeitern etwas vorgegaukelt. Die Führer müssten wissen, daß ein Streik sofort mit einer allgemeinen Aussperrung beantwortet werden wird. Es drehe sich auch gar nicht um die 24 Formen, sondern die Arbeiterverbände wollten eine Nachprüfung hier vornehmen. Die Bewegung sei aus politischen Agitationen gründen provoziert. Mit wenigen solchen Worten wiesen die Sozialdemokraten die Angriffe auf die Gewerkschaftsführer aller beteiligten Organisationen zurück. Das Gefühl der Arbeiter sei so weit entwickelt, Streikarbeit als ethisch zurückzuweichen. Der Antrag, Rotsandarbeiten vorzunehmen, wurde mit 24 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Die Stellung des Bürgermeisters ist an und für sich nicht verwunderlich. Die "freimaurige" Partei ist eine Vertreterin des Kapitals, die Unternehmer, die in den Kreisen Hagen-Schwellm die Aussperrung verhinderten, gehören zum großen Teil der "freimaurigen" Partei — sie nennt sich jetzt "sozialrevolutionäre Volkspartei" — an. Das bestätigte in Nr. 21 des Regulator auch der Hirsch-Dundersche Führer J. Schumacher, er sagt dort, die Unternehmer im schönen Ennepetal, die auf dem Boden des Sankt-Liberatius-Klosters stehen, hätten ihre Arbeiter, die ihre Lohn in gesetzlicher Weise verdienten wollen, auf die schwarze Liste gesetzt und sparten andere auf Wochen und vielleicht auf Monate aus. Herr Schumacher, der sich selbst als Mitglied der "sozialrevolutionären Volkspartei" bekennt, mag die Konstatierung dieser Tatsachen gewiß nicht leicht gefallen sein.

Der Arbeitgeberverein für die Kreise Hagen und Schwellm hat nun, um seinen Terrorismus noch verschärfen zu können, auch einen Kreis in nachweis nach dem bekannten Hamburger Muster gegliedert. In einem Flugblatt verkündet er das und gibt die Gliederungen darüber bekannt. Dieser Arbeitsnotdienst sei — sagen die Unternehmer — eine humane Einrichtung, die im Interesse der ordnungsliebenden Arbeiter, die sich nicht terroristieren lassen wollen, und in dem der Unternehmer liege. Es ist das gerade so, wie wenn der Koch den Gühnern predigt, daß er nur ihr Bestes wolle.

**Brüder der Metallarbeiter aller Branchen ist streng fernzuhalten!**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu ergreifen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 12. Juni der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Juni 1910 fällig ist.

Zur Erhebung von Extrabeiträgen für die Bauarbeiter werden vom Vorstand Marken im Wert von 65, 70, 75, 80, 90, 100, 110 und 120 Pf. geliefert, die an Stelle der regulären Marken Verwendung finden können. Besondere Extramarken liefert der Vorstand nicht.

Die durch Sammellisten und Extrabeiträge eingebrochenen Gelder sind unverzüglich an untenstehende Abreize einzufinden, von wo aus die Ablieferung an die Generalkommission erfolgt.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatutes gefügt:

der Verwaltungsstelle Nordhausen 5 Pf. pro Woche vom 1. Juli an.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter:

der Verwaltungsstelle Bremerhaven 20 Pf. pro Woche,	
Schlungen 25 Pf. — (davon	
15 Pf. für die Bauarbeiter),	
Hersford 10 Pf. pro Woche,	
Almenau 35 Pf. —	=
Koburg 10 Pf. —	=
Döbeln 5 Pf. —	=
Dresden 25 Pf. —	=

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung staatlicher Rechte zur Folge.

### Ausgeschlossene werden nach § 22 des Statutes:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Der Schlosser Paul Sabatz, geb. am 18. November 1889 zu Schöneberg, Lit. A. Buch-Nr. 212616, wegen Streitbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Chemnitz:

Der Formier Aug. Leonhardt, geb. am 2. August 1868 zu Chemnitz, Buch-Nr. 701390, wegen Extrabrechung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:

Der Feuerfachmann Max Pieper, geb. am 29. Mai 1870 zu Wedderhagen, Lit. A. Buch-Nr. 522589, wegen Unterstellung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kiel:

Der Dreher Paul Feind, geb. am 17. Juni 1877 zu Leipzig, Buch-Nr. 370454, wegen Rückziehhaltung geführter Verhandlungen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Brandenburg:

Der Metallarbeiter Gust. Sieger, geb. am 24. Mai 1879 zu Siegen, Lit. A. Buch-Nr. 548299, der Metallarbeiter Leo. Böller, geb. am 15. Dezember 1879 zu Brandenburg, Buch-Nr. 770979, beide wegen Rückziehhaltung geführter Verhandlungen.

### Wieder aufgenommen werden dürfen:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover:

Der Schuhler H. Springer, geb. am 30. Mai 1867 zu Hannover (207).

### Offiziell gerügt werden:

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Darmstadt:

Der Formier Ad. Lüdem. Epp, geb. am 12. Juli 1875 zu Darmstadt, Buch-Nr. 513113, wegen Schädigung der Betriebsmittel.

Auf Antrag eines Untersuchungsgerichts in Stuttgart:

Der Schuhler Georg Herzog, geb. am 14. Februar 1882 zu Stuttgart, Buch-Nr. 792363, wegen Schädigung der Betriebsmittel.

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Bielefeld:

Der Schuhler Tag. Breuer, geb. am 10. September 1876 zu Bielefeld, Buch-Nr. 450043, wegen Schädigung der Betriebsmittel.

### Aufforderung zur Rechtsfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich gegen die gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ingau:

Der Formier Karl Sturm, geb. am 1. Oktober 1887 zu Schmiedeberg, Lit. A. Buch-Nr. 453561, wegen Schädigung des Verbandes und Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Merseburg:

Der Dreher Paul Wernicke, geb. am 3. Februar 1887 zu Landsberg a. W., Buch-Nr. 728262, wegen Ungehorsam.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Nürnberg:

Der Schlosser Max Dressel, geb. am 5. Mai 1890 zu Neuried, Lit. A. Buch-Nr. 522637, wegen betrügerischer Manipulationen; der Kesselschmied Hubert Göhl, geb. am 23. Februar 1879 zu Gößweinstein, Buch-Nr. 728622;

der Kesselschmied Leonhard Heidner, geb. am 9. November 1878 zu Nürnberg, Buch-Nr. 335544, beide wegen Ungehorsam.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Osterholz-Scharmbeck:

Der Formier Karl Greiner, geb. am 27. November 1888 zu Laibach, Lit. A. Buch-Nr. 491296, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Saalfeld:

Der Schlosser Philipp Pfeiffer, geb. am 31. Juli 1887 zu Wiesbaden, Schweiz, Buch-Nr. 58613, wegen betrügerischer Manipulationen.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

### Quittung

über die vom 1. bis 31. Mai 1910 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsbeiträge.

Von Altenburg 3000 M. Altdöring 300. Altwasser 400. Arnstadt 100. Atern 300. Baden-Baden 80. Bautzen 800. Bergedorf 300. Bitterfeld 400. Bochum 1000. Braunschweig 5000. Bremen 3500. Breslau 2000. Brieg 200. Bromberg 100. Brunsbüttel 122,52. Burgstädt 400. Celle 200. Chemnitz 10 000. Crinitz 600. Dangig 1100. Dassel 100. Dederhofen 150. Döbeln 1000. Dresden 2000. Dübelbör 2000. Duisburg 800. Ebersbach 200. Eberswalde 300. Eisenburg 400. Einbeck 100. Eisenach 600. Elmsdorf 300. Elsterwerda 500. Emben 500. Erlangen 400. Esslingen 5000. Eschwege 150. Fehrenheim 200. Frankenberg 140. Freiberg i. S. 200. Fürstenwalde 300. Gaffeln 150. Geislingen 200. Gelsenkirchen 800. Gera 3000. Gladbach 400. Goldbach 400. Göppingen 1600. Gotha 600. Graudenz 150. Greiz 600. Großröhrsdorf 400. Grüna 400. Hamburg 2000. Harburg 2400. Heilbronn 2225. Hildesheim 500. Höxter 800. Höhenfels 400. Herford 1200. Hauer 150. Homberg 100. Kaulsdorf 58,31. Königshütte 300. Kortenweihen 300. Kreisfeld 1000. Küstrin 200. Lauter 200. Lauterberg 100. Leipzig 20 000. Leisnig 150. Liegnitz 600. Limbach 1200. Lübeck 1600. Lübtheen 90. Lüdenwalde 1600. Lügau 400. Magdeburg 10 000. Marktredwitz 300. Marktredwitz 350. Martin-Luther 200. Mecklenburg 500. Meiningen 1500. Memmingen 100. Merseburg 1300. Meißen 500. Mühlbach 400. Mühlberg 2400. Mühlhausen i. Th. 400. Mühlheim (Stein) 1000. Mühlhausen-Gladbach 900. Mühlster 200. Naumburg 1000. Neisse 150. Neugersdorf 900. Neumünster 800. Neustadt a. O. 100. Neustadt i. S. 200. Nowawes-Neuenhof 1200. Nürnberg 2000. Oelsnitz 300. Oeynhausen 150. Offenbach 5000. Oldenburg 250. Osterode 240. Oschersleben 150. Oschersleben 200. Oschersleben 250. Oschersleben 300. Oschersleben 350. Oschersleben 400. Oschersleben 450. Oschersleben 500. Oschersleben 550. Oschersleben 600. Oschersleben 650. Oschersleben 700. Oschersleben 750. Oschersleben 800. Oschersleben 850. Oschersleben 900. Oschersleben 950. Oschersleben 1000. Oschersleben 1050. Oschersleben 1100. Oschersleben 1150. Oschersleben 1200. Oschersleben 1250. Oschersleben 1300. Oschersleben 1350. Oschersleben 1400. Oschersleben 1450. Oschersleben 1500. Oschersleben 1550. Oschersleben 1600. Oschersleben 1650. Oschersleben 1700. Oschersleben 1750. Oschersleben 1800. Oschersleben 1850. Oschersleben 1900. Oschersleben 1950. Oschersleben 2000. Oschersleben 2050. Oschersleben 2100. Oschersleben 2150. Oschersleben 2200. Oschersleben 2250. Oschersleben 2300. Oschersleben 2350. Oschersleben 2400. Oschersleben 2450. Oschersleben 2500. Oschersleben 2550. Oschersleben 2600. Oschersleben 2650. Oschersleben 2700. Oschersleben 2750. Oschersleben 2800. Oschersleben 2850. Oschersleben 2900. Oschersleben 2950. Oschersleben 3000. Oschersleben 3050. Oschersleben 3100. Oschersleben 3150. Oschersleben 3200. Oschersleben 3250. Oschersleben 3300. Oschersleben 3350. Oschersleben 3400. Oschersleben 3450. Oschersleben 3500. Oschersleben 3550. Oschersleben 3600. Oschersleben 3650. Oschersleben 3700. Oschersleben 3750. Oschersleben 3800. Oschersleben 3850. Oschersleben 3900. Oschersleben 3950. Oschersleben 4000. Oschersleben 4050. Oschersleben 4100. Oschersleben 4150. Oschersleben 4200. Oschersleben 4250. Oschersleben 4300. Oschersleben 4350. Oschersleben 4400. Oschersleben 4450. Oschersleben 4500. Oschersleben 4550. Oschersleben 4600. Oschersleben 4650. Oschersleben 4700. Oschersleben 4750. Oschersleben 4800. Oschersleben 4850. Oschersleben 4900. Oschersleben 4950. Oschersleben 5000. Oschersleben 5050. Oschersleben 5100. Oschersleben 5150. Oschersleben 5200. Oschersleben 5250. Oschersleben 5300. Oschersleben 5350. Oschersleben 5400. Oschersleben 5450. Oschersleben 5500. Oschersleben 5550. Oschersleben 5600. Oschersleben 5650. Oschersleben 5700. Oschersleben 5750. Oschersleben 5800. Oschersleben 5850. Oschersleben 5900. Oschersleben 5950. Oschersleben 6000. Oschersleben 6050. Oschersleben 6100. Oschersleben 6150. Oschersleben 6200. Oschersleben 6250. Oschersleben 6300. Oschersleben 6350. Oschersleben 6400. Oschersleben 6450. Oschersleben 6500. Oschersleben 6550. Oschersleben 6600. Oschersleben 6650. Oschersleben 6700. Oschersleben 6750. Oschersleben 6800. Oschersleben 6850. Oschersleben 6900. Oschersleben 6950. Oschersleben 7000. Oschersleben 7050. Oschersleben 7100. Oschersleben 7150. Oschersleben 7200. Oschersleben 7250. Oschersleben 7300. Oschersleben 7350. Oschersleben 7400. Oschersleben 7450. Oschersleben 7500. Oschersleben 7550. Oschersleben 7600. Oschersleben 7650. Oschersleben 7700. Oschersleben 7750. Oschersleben 7800. Oschersleben 7850. Oschersleben 7900. Oschersleben 7950. Oschersleben 8000. Oschersleben 8050. Oschersleben 8100. Oschersleben 8150. Oschersleben 8200. Oschersleben 8250. Oschersleben 8300. Oschersleben 8350. Oschersleben 8400. Oschersleben 8450. Oschersleben 8500. Oschersleben 8550. Oschersleben 8600. Oschersleben 8650. Oschersleben 8700. Oschersleben 8750. Oschersleben 8800. Oschersleben 8850. Oschersleben 8900. Oschersleben 8950. Oschersleben 9000. Oschersleben 9050. Oschersleben 9100. Oschersleben 9150. Oschersleben 9200. Oschersleben 9250. Oschersleben 9300. Oschersleben 9350. Oschersleben 9400. Oschersleben 9450. Oschersleben 9500. Oschersleben 9550. Oschersleben 9600. Oschersleben 9650. Oschersleben 9700. Oschersleben 9750. Oschersleben 9800. Oschersleben 9850. Oschersleben 9900. Oschersleben 9950. Oschersleben 10000. Oschersleben 10050. Oschersleben 10100. Oschersleben 10150. Oschersleben 10200. Oschersleben 10250. Oschersleben 10300. Oschersleben 10350. Oschersleben 10400. Oschersleben 10450. Oschersleben 10500. Oschersleben 10550. Oschersleben 10600. Oschersleben 10650. Oschersleben 10700. Oschersleben 10750. Oschersleben 10800. Oschersleben 10850. Oschersleben 10900. Oschersleben 10950. Oschersleben 11000. Oschersleben 11050. Oschersleben 11100. Oschersleben 11150. Oschersleben 11200. Oschersleben 11250. Oschersleben 11300. Oschersleben 11350. Oschersleben 11400. Oschersleben 1

die Arbeit „gebet“-Zeitung durch unsere geringen Forderungen zu der Umsttzt bekommen sehn, bei solchen geringen Löhnen möchte unbedingt noch Allordnungsrecht haben sein! Wenn dieses der Fall ist, so kann sie auf die Direktion des Eisenwerks Kleitzenberg einwirken, daß sie die Forderungen bestlligt, dann wird der der Firma so unliebsam gewordene Streit beendet. Solange dies aber die Firma nicht tut und unsere Klagen im lrigen Deutschland den Zugang fernhalten, wird der Streit fortfahren.

### Metallarbeiter.

**Walen.** Der Streit der Arbeiter bei Gebrae der Simon bauen unverdert fort. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Ahlen.** In der Nummer 22 des schwazigen Verbandsorgans, genannt *Der deutsche Metallarbeiter*, befindet sich unter „Ahlen“ ein Bericht über eine von den Schwazigen einberufene offizielle Metallarbeiterversammlung. Am Schlz des Berichts prdigtet sich ein gewisser Jemand als starker Mann. Der Referent Weinbrenner beschreibt in der Versammlung die Bauteileerausprfung, auch die Ausperrungen in Lünen und Hagen geben ihm Veranlassung, recht drastisch den Klassenkampfstandpunkt der Unternehmer zu schildern. Demgegenover stellte er das Klasseninteresse der Arbeiter und er erwartet eine Besserung nur von der Erstaltung der Gewerkschaften. Zum Schlz kam dann der Appell an den „Bauarbeiter“. Jeder unbefangene Zuhörer glaubte sich bei den ersten Ausshrungen in eine sozialdemokratische Agitationversammlung versetzt. Als dann in der Diskussion den Kollegen Ferrentrup den Ausführungen Weinbrenners über die Klassengegensatzes zwischen Unternehmer und Arbeiter zustimmt, forderte er selbstverständlich die Anwesenden auf, die Konsequenzen zu ziehen und für dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, denn das Interesse der Arbeiter an ihrer wirtschaftlichen Lage sei überall das gleiche und daher eine „christliche“ Organisation berschlftig. Weinbrenner meinte dann, die Versammlung sei nicht dazu geeignet, über die Ursachen der Klassengegensatzes zu sprechen. Wohl hatten auch sie (die „christlichen“) sich schon mit der Frage beschftigt, aber hier ginge er auf eine Erklärung doruber nicht ein. Als dann bezeichnete er den Hinweis des Kollegen Ferrentrup, für den Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, als geschmacklos, er als Referent habe sich jeder Beleidigung enthalten. Aber man würde ja die schwazigen Demagogen nicht kennen, wenn man auf solches Gedanke etwas geben würde. Als ihm der Kollege Ferrentrup an die Gepflogenheit der M.-Gladbacher Agitatoren erinnerte und dass er auch sicher im Schlußwort das offensichtlich Verständnis nachholen würde, da verzahlte der Fuchs aus Schlußwort überhaupt. Dieser Hinweis auf M.-Gladbacher Gepflogenheiten wirkt in dem schwazigen Organ als verlegte Ausrede bezeichnet. Hier war in Verlegenheit war, daruber bestand bei den wissenden Versammlungsteilnehmern keine Meinungsverschiedenheit. Warum wohl der sonst so redselige Weinbrenner aufs Schlußwort verzichtete? Derselbe Weinbrenner, der, selbst wenn er nur wenige Kollegen habhaft würde, gar nicht genug vor der Geschlichkeit des Verkehrs mit den roten Verbndlern warnen kann und sie mit „christlichen“ Schmuzeln als den Inbegriff alles Schlechten hinzustellen beliebt, dieser selbe Mann bringt es in der Versammlung fertig, vor lauter Sachlichkeit zu trischen und er empfiehlt eine Resolution, die die Anwesenden verpflichtet, für die Stärkung der Organisation einzutreten, also auch für den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Ob er wohl ebenfalls so gehandelt hätte, wenn der Kollege Ferrentrup nicht anwesend gewesen würde? Wir wagen das zu bezweifeln, da wir die Ursache seiner Sachlichkeit bei Unwissenheit des Kollegen Ferrentrup sehen. Aufgehoben ist nicht aufgehoben, denkt Weinbrenner.

**Unikettten (Niedersterreich).** Die Giere der Firma A. G. Scheibl, Metallarbeiter, sind wegen Allordnungsreduzierungen in den Streit getreten. Nachdem auch in den anderen Abteilungen erste Differenzen bestehen, ist Zugang von Metallarbeitern aller Branchen streng fernzuhalten. Direktor Arnold will in Deutschland Streitbrecher suchen, er wird sich vor allem an die Firma Teilaud in Ulm wenden. Er hat von dort schon öfter Leute bezoen, er ver sucht, hier eine gelbe Kuppe zu janmein. Besonders sind es einige Werkzeugmacher mit den Meistern, lauter Reichsdeutsche, die sich in der Sache bemischen.

**Duisburg.** Unser Bericht in Nr. 19 der Metallarbeiter-Zeitung über die Werksversammlung der Firma Bechem & Keitmann und unsere sechszeilige Feststellung, daß ein Hirsch-Dunderdorfer den Anschlag der Firma verteidigte, ließ einen Artikelschreiber in Duisburg nicht ruhen, er setzte sich auf seinen Hosenboden, um dann mit gewaltigem Federstreich wieder einmal den verhzten Deutschen Metallarbeiter-Verband auszuführen zu schreiben. 102 Seiten verfffentlicht er in Nr. 20 des Regulator. Wir missen ja nun eigentlich dem Kritiker dankbar sein für sein Elaborat, hat er uns doch die Ausgabe für eine gute Komikverstellung geport. Der gute Mann klagt sich aber mit seinem Artikel selbst ins Gesicht, denn er schreibt: „Die darin (in dem Anschlag) zutage getretene Konart war zum mindesten ungehörig und wird auch von uns entschieden verurteilt.“ Der „Kollege“ Herrmann vom Hirsch-Dunderdorfer Gewerbeverein hat aber in der Versammlung ausdrücklich erklärt: „Die Firma wäre zu einem derartigen Anschlag berechtigt, denn es stnde tatsächlich ein Teil der Leute herum und arbeitet nicht.“ Der Kritiker, der — nebenbei bemerkt — die Versammlung nicht besucht hatte, ist also mit dem Anschlag der Firma nicht einverstanden, sein Kollege Hermanns aber hat ihm in der Versammlung verteidigt. Von dieser Tatsache berichtet keine Maus einen Faden ab, diese unsre Feststellung kann sich der Artikelschreiber von jedem Versammlungsteilnehmer bestätigen lassen. Die Behauptung im Regulator, daß selbst Mitglieder unseres Verbandes unsre Feststellung als Lige bezeichnet haben sollen, ist denn doch zu durchsichtig, als das es sich verlohrte, darauf einzugehen. Dieser Schwindel ist nur darauf berechnet, den Mitgliedern des Gewerbevereins Sond in die Augen zu treuen. Die bewußte Unwahrheit ist also nicht auf unserer, sondern auf der Seite des Artikelschreibers. Wenn dieser weiter behauptet, wir wären pflichtschuldig über den Gewerbeverein hergefllt, so nehmen wir dies dem guten Mann ja weiter nicht bel, obwohl auch diese Behauptung Schwindel ist; die Kollegen Martin und Wallbrecht sind über den Gewerbeverein nicht hergefllt, da sie dies ja gar nicht nötig hatten, denn besser als der „Kollege“ Herrmann den Gewerbeverein blamiert hat, hatten sie es beim besten Willen ja auch nicht tun können. Nun soll aber auch die veröffentlichte Resolution nicht stimmen, weil in ihr die Aufrufserbung, nur dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, gefestigt hätte. Allerdings schlt das Wrterchen nur in der veröffentlichten Resolution, aber aus dem Grunde, weil dieses Wrterchen in der Resolution überhaupt nicht vorgekommen ist, sondern nur in den Köpfen unsrer lieben Freunde von der andern Seite spnt. Die Reaktion ist genau nach dem Vorfall, wie sie in der Versammlung angenommen wurde, veröffentlicht worden. Ueber die sonstigen Ausregungen im Gewerbevereinslager wollen wir hinweggehen. Es will den guten Leuten eben auch hier in Duisburg nichts mehr glden. Ja, ja, die „hohen Zahlen“, die bringen die armen Gewerbevereinbemter noch um ihren Verstand. Bei der eben geziigten Gewerbevereinstwicklung in Weidenrich sind die lieben Hirsche auch wieder um zirka 580 Stimmen fortgeschritten, und bei der Duisburger Wahl, die am gleichen Tage stattfand, um 116 Stimmen. Unser Vieleit!

**Düsseldorf.** In der Dsseldorfser Bronzebildgiehre haben die Giesserei und Kunstuformerei die Kündigung eingereicht. Bereits am 1. Mai war der mit den zwei jüngsten Kunstuformereien abgeschlossene Tarif abgelaufen. Während mit der einen Firma eine Einigung erfolgte, ist das bei dem genannten Betrieb bisher nicht möglich gewesen. Die Arbeiter verlangen für eine dreijrige Vertragsdauer 5 % Lohnhöhung, eine Forderung, die von der Firma strikt abgelehnt wird.

**Kinsterwalde.** In einer sehr zahlreich besuchten Betriebsversammlung nahmen die in der Reichsfrschigen Metallarbeiterfabrik beschftigten Arbeiter und Arbeitnehmer Stellung zu dem Streit der Werkzeugmacher des Betriebes. Der Bezirkleiter Bernhard berichtete über die Ursachen des Streits

und den Verlauf der Verhandlungen mit der Betriebsleitung. Die Forderungen der Arbeiter sind auferst beschftigende und bei einigermaßen gutem Willen der Direktion hätten sie bestlligt werden können. Löhne von 30 % steigend von einem zu einem Pfennig bis 50 % pro Stunde, sind für eine Gruppe von Arbeitern wie die Werkzeugmacher durchaus nicht als ausreichend zu bezeichnen. Hingegen kommt, daß in den letzten Jahren fast sämtliche Lebensmittel und Bedarfssittel im Preis nicht unabhängig gestiegen sind. Die Wohnungsmiteten sind in Kinsterwalde ganz beträchtlich in die Höhe gegangen. Der Steuerzufluss beträgt 200 Prozent. Bercksichtigt man alle diese Umstände, dann müssen die beschftigten Lohnforderungen der Werkzeugmacher von jedermann als durchaus berechtigt anerkannt werden. Anders die Direktion der Schraubenfabrik. Im Auftrag einer Abteilungsversammlung reichte die Bezirksteilung die in der Versammlung vom 9. Mai aufgestellten Forderungen bei der Direktion ein. In dem Begleitschreiben wurde Antwort erbeten entweder an eine von der Versammlung gewahlte Kommission oder an die Bezirksteilung. Die Direktion hielt es nicht der Mühe wert, überhaupt eine Antwort zu geben. Die Arbeiter traten, nachdem sie 5 Tage vergeblich auf Antwort gewartet hatten, selbst an die Betriebsleitung heran. Der Empfang der Kommission war kein besonders guter. Der Herr Betriebsleiter Bartsch fühlte sich sehr beleidigt, weil die Forderungen der Arbeiter an die Direktion gerichtet waren und man ihn dabei übergangen habe. Eine solche „schwarze Beleidigung“ müsste nun selbstverständlich gerochen werden. „Htten Sie sich an mich gewandt mit Ihren Forderungen, dann hätte ich es ohne den Direktor machen können; sie haben Sie mich aber übergangen und glaube ich kaum, daß Sie jetzt etwas erreichen werden.“ So wie der Herr Betriebsleiter es vorausgesagt, ist es dann auch gekommen. Am Sonnabend den 28. Mai gab Herr Direktor Kopnik der Kommission zu verstehen, daß sie am Montag Betriebschlu erhalten werde. Am Montag ließ der Direktor 11 Arbeiter der Werkzeugabteilung zu sich rufen, um mit diesen über die Forderungen zu verhandeln. Die von den Arbeitern gewohnte Kommission hat die Direktion vollig ausgeschaltet, man hat sie kurz vor Arbeitschlu noch einmal gerufen, um — die „schwarze Beleidigung“, die dem Betriebsleiter Bartsch dadurch angeklagt wurde, das die Forderungen nicht an ihn eingereicht wurden, wieder aus der Welt zu schaffen. Ueber die Forderungen selbst ist nicht verhandelt worden. Es blieb daher den Arbeitern nichts weiter übrig, als das letzte Mittel, die Arbeitsniederlegung, zu beschließen. Nur scheint es aber, daß die Direktion diesen Lohnstreit zu einer Machtprobe machen will. Fest steht, daß die Forderungen der Arbeiter bestlligt werden konnten. Die Schraubenfabrik hat seit Jahren 12 und 14 Prozent Dividende verteilt. Die Firma hat an jedem Arbeiter die nette Summe von 545 M. im Jahre 1908 verdient. An Tatieme wurden 15 043 M. ausgetragen. Betrachtet man diese Summen, dann muss man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Direktion bei einigermaßen gutem Willen hätte Entgekommen zeigen und den Streit verhindern können. Der stürmische Beschluss, der dem Bericht folgte, beweis, daß die Streitenden auf die Solidarität der übrigen Kollegen rechnen können. Nach Annahme einer entsprechenden Resolution und der Bekanntgabe, daß zwei im Hirsch-Dunderdorfer Gewerbeverein organisierte Arbeiter, die an allen Versammlungen teilgenommen haben, stehen geblieben sind, wurde die Versammlung geschlossen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen ist streng fernzuhalten.

**Delitzsch i. V.** Am 25. Mai beschftigten sich die Arbeiter der Firma Moltrecht & Rehder in einer Versammlung mit den Zuständen ihres Betriebes. Das Referat hatte Bezirkleiter Kollege Scheffler aus Dresden übernommen. Rehder gehaltete an der hand zahlreichen Materialien die Zustände in dieser Fabrik nicht allein, daß es an bringend nötigen hygienischen Einrichtungen fehlt, müssen sich auch die Arbeiter eine schlanke Behandlung gefallen lassen. Es laufen in diesem Betrieb nicht weniger als vier Chefs herum, von denen ein jeder kommandiert. Tadurch bekommt manchmal die Arbeiter hintereinander Befehle, die sich in direktem Gegensatz befinden. Wenn sich dann die Herren in die Haare geraten, ist es aber meistens der Arbeiter, der das Karmelit machen ms. Neben verbreitete sich dann über die Mittel und Wege, durch die werden mangelaufenen Zustände ein Ende machen würden. Er betonte, daß die Kollegen an den Zuständen die mittlere Schuld tragen, weil sie den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Es würde anders werden können, wenn sich die Kollegen Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Erwndt muss noch werden, daß in diesem Betrieb sogar die Lrlinge für zerkochtes Werkzeug Ersatz leisten müssen. Für uns hatte die Versammlung den höchsten Erfolg, daß sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen lieben.

**Siegen.** Eine Beleidigungsschlze war am 1. Juni der Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schiedsgericht in Siegen. Der Kollege R. soll bei einer Verhandlung vor dem Generalgericht in Siegen den Privatlger, Werkmeister Klostert bei der Firma Bette & Co., als Schnapsdrinker bezeichnet haben, wruber der Mann sich so getränk fühlte, daß er das Gericht zur Reparatur seiner Schrein in Lupinich nahm. Bei der Verhandlung ergab sich, daß die fragliche Neuerzung durch den Privatlger gerabau provoziert worden war. Es erfolgte eine Kompromiss und der Kger muß die Kosten des Verfahrens tragen. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß bei einer solchen Verhandlung vor dem Generalgericht sich die Parteien scharf gegenstellen und man nicht jedes gesprochene Wort als Beleidigung ausschlssen könne. Zudem müsste dem Bellagten die Wrtung berechtigter Interessen zugebilligt werden. Kollege R. war früher bei der Firma Bette & Co. beschftigt; er gab sich Ruhe, die vielen Wrthenden in dem Betrieb zu be seitigen und als Strafe für diese falschfeste Tatigkeit wurde er nicht nur von der Firma Bette & Co. entlassen, man gab sich auch die redliche Ruhe, ihm die übrigen Betriebe im Siegerland zu sperren.

**Stuttgart.** In der elektrischen Abteilung der Esslinger Maschinenfabrik, Hillaie Cannstatt, haben sich in der Wrel unter dem Meister Hablitzel „keine“ Umgangssformen herausgebildet. Der Meister kritisirt Arbeiter „Buben“ und misst sich hrliches wieder von diesen sagen lassen. Auf die Feststellung der Allordnungsfrage steht sich der Herr ausgeszeichnet; heute wird dieser, morgen ein geringerer, übermorgen wieder ein anderer Preis für eine und dieselbe Arbeit bezahlt. Sehr oft müssen die Leute eine Arbeit beginnen, ohne zu wissen, welcher Allordnungspreis für sie bezahlt wird. Wenn auch bei Allordnungspreisen bis zu 25 Prozent über den Tagelohn verdient werden darf, so würde es doch verfestigt, auf hohe Verdienste zu schließen, daß die Löhne in der Wrel sind 1,70 bis 4 M. pro Tag. Daher stellen sich die Leute im Durchschnitt nur auf 3,80 M. pro Tag. Sie in der Wrel beschftigten Frauen verdienen monatlich von 95 bis 60 M. Diese Verdienste werden zum Teil mit Einzelzulagen von 4 bis 9 M. erreicht. — Im Ohnmobau sind zwei Tropfenmnzen; werden diese geftisst, so entstnt ihnen ein solcher Gestank, daß es fast nicht zum Aushalten ist. Der Arbeiterausschuss wurde deshalb wohl vorstellig, aber: Ventilation kann nicht eine gerichtete werden. — Trotz der neuen Arbeitsordnung, in der auf die gesetzlichen Feststellungen über das Abdrehen der Schleifsteinbingerien wird, werden diese doch immer noch während der Arbeitszeit trocken abgedreht. Sich darunter zu beschweren, wegen die Arbeiter nicht, weil sie Unannehmlichkeiten befurchten.

### Optiker.

**München.** Die letzten Kreisen unterschiedlich bekannte optische Frten von Josef Rodenstock in München sucht jetzt einiger Zeit in inn und ausländischen Zeitungen Optiker zu den allerhöchsten Löhnen. Um nun die Huberligkeit der Firma in bezug auf die verschriebenen Löhne ins rechte Licht zu räumen, sei allen, die sich um die Stellen bei der Firma Rodenstock bemühen, mitgeteilt, daß die Firma Rodenstock frztlich an Münchener Konkurrenzfirmen ein strmlich energisch gehaltenes Schreien hat, in dem sie diese Firmen aussortiert. doch mit den hohen Allordnungspreisen und auch mit den hohen Löhnen zu droben. damit die Arbeitgeberverbarden werden! Rodenstocks Ungezogenheiten und Unvorsichtshheiten sind in München sprichwörtlich geworden. Dieser neueste Streit zeigt dem Ganzen aber die

Krone auf. Optiker! Meide unter allen Umständen die Firma Rodenstock, lajt euch nicht durch noch so hohe Versprechungen verleiten. Auch ein Schiedsgericht Rodenstocks hat keinen Wert. Der Mann, der seinen Arbeitern das Koalitionsrecht abgetrotzen, der nicht vor den insamten Drohungen zur點ksteckt, hat auch Arbeitern gegenfiber noch nie ein gegebenes Schiedsgericht gehalten. Wer sich vor Schaben bewahrt will, meide den Betrieb.

### Schlosser.

**Budapest.** Die hiesigen Bauschlosser stehen im Streit. Zugang ist fernzuhalten.

## Rundschau.

### Gewerkschaftliches.

**Schmiede.** Wie bereits im Bericht über die Generalversammlung des Verbandes aller in der Schmiede beschftigten Personen bemerk, konnte diese Gewerkschaft im Mai ihr 25jriges Jubiläum feiern. Als moderne, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Organisation kam vor dem Ausnahmegericht für die Schmiede die Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft in Betracht. Es fehlten allerdings Angaben daruber, wie viele Schmiede dieser Organisation, die ja nie sehr groß geworden ist, angehören, zumal weil 1875 daneben noch in Hamburg und Berlin Schmiede vereine der Schmiede gegründet wurden. Am 1. August 1876 erschien ein eigenes Organ für die Schmiede, der von Julius Fabro redigierte Amboss. Zu diesem wurde für eine Brandenburger Propaganda gemacht. Am 21. und 22. Mai 1877 wurde zu Leipzig ein Schmiedekongress abgehalten, der beschloß, den Verband der deutschen Schmiede zu gründen. Dieser war jedoch nicht der Metallarbeiter-Gewerkschaft eine der ersten Arbeiterorganisationen, die im Jahre 1878 dem bercksichtigten Ausnahmegericht gegen die „gemeingeschlielichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zum Opfer fielen. In den folgenden Jahren war es dann bekanntlich sehr still in der deutschen Arbeiterbewegung; dann fingen man in einzelnen Branchen an, um wenigstens nicht ganz organisatorisch zu sein, örtliche Fachvereine zu gründen. Bei den Schmieden geschah dies zuerst in Hamburg am 16. Januar 1883. Dieser Fachverein war einer der wichtigsten Bahnbrecher für die Organisation der Schmiede. Als 1884 zu Gera der erste deutsche Metallarbeiterkongress stattfand, entsandte der Verein als Delegierte den Kollegen Ernst Hilmer. Auch im Saale am 21. Februar 1884 regte es sich damals und am 24. und 25. Mai wurde zu Magdeburg ein Wagnaberkongress einberufen, der sich mit der Frage beschftigte, ob eine zentrale gemeinsame Organisation für den Wagnbau gegründet werden soll oder Betriebsorganisationen. Nachdem die Kollegen Hilmer und Sasner für das Lebendnamen eingetreten waren, wurde demgemch befohlen. Es wurde eine Schmiedevereinigung mit dem Sitz in Berlin gegründet und eine Stellmachereinigung mit dem Sitz in Hamburg. Als Publikationsorgan für die Schmiede diente die Metallarbeiter-Zeitung. Dies dauerte bis zum 1. Juni 1887, wo die Schmiede ein eigenes Organ, den Bruder Schmied, gründeten. Dieser Zentralorganisation ist während der Dauer des Ausnahmegerichts von den verschiedenen Behrden selbstverständlich das Leben schwer gemacht worden. Nach dem Erlösen des Schmiedegeiges kam eine schwere wirtschaftliche Depression, die die weitere Entwicklung des Gewerkschaftsmens beeinträchtigte. Auch der Schmiedeverband hatte darunter zu leiden. Aber auch er hat sich im Laufe der Zeit zu einer stttlichen Organisation herausgebildet.

Die Geschichte der Schmiedeorganisationen wird ohne Zweifel eins der wichtigsten Kapitel in der Geschichte des deutschen Gewerkschaftswesens bilden. Einzelde darin beschftigt eine gut ausgestattete Schmiedevereinigung mit dem Sitzen Berlin gegründet und eine Stellmachereinigung mit dem Sitzen in Hamburg. Nach dem Erlösen des Schmiedegeiges kam eine schwere wirtschaftliche Depression, die die weitere Entwicklung des Gewerkschaftsmens beeinträchtigte. Auch der Schmiedeverband hatte darunter zu leiden. Aber auch er hat sich im Laufe der Zeit zu einer stttlichen Organisation herausgebildet.

Die Geschichte der Schmiedeorganisationen wird ohne Zweifel eins der wichtigsten Kapitel in der Geschichte des deutschen Gewerkschaftswesens bilden. Einzelde darin beschftigt eine gut ausgestattete Schmiedevereinigung mit dem Sitzen Berlin gegründet und eine Stellmachereinigung mit dem Sitzen in Hamburg. Nach dem Erlösen des Schmiedegeiges kam eine schwere wirtschaftliche Depression, die die weitere Entwicklung des Gewerkschaftsmens beeinträchtigte. Auch der Schmiedeverband hatte darunter zu leiden. Aber auch er hat sich im Laufe der Zeit zu einer stttlichen Organisation herausgebildet.

**Baugewerbe.** (Mussperrung.) Die letzten Tage des Mai und die ersten des Juni waren verhältnismäßig ruhig, wie das ja immer der Fall ist, wenn bei einem so großen Kampfe Verhandlungen stattfinden. Die am 27. Mai begonnene Verhandlungen werden vom Geheimrat Wiedfeld vom Reichsamte des Innern, Oberbürgermeister Dr. Beutler aus Dresden und Gewerberichtsrat Dr. Preller aus München geleitet. Nachdem bis zum 31. Mai keine Einigung erzielt wurde, legten die genannten drei Herren einen von ihnen ausgearbeiteten Einigungsentwurf vor. Es ist uns aus Mangel an Raum jetzt noch nicht möglich, genauer darauf einzugehen; wir behandeln uns jedoch vorläufig, darauf zurückzukommen. Die stttliche Bauverwaltung in Bremen ist dem Verband aller Schmiederei befreit. Beutler hat die Gewerkschaften eine gesunde, naturnahe Weiterentwicklung; das ist allerdings nach unserer besten Wissen der freiwillige, überzeugte Anfang an den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

**Baugewerbe.** (Mussperrung.) Die letzten Tage des

Monats und die ersten des Juni waren verhältnismäßig ruhig, wie das ja immer der Fall ist, wenn bei einem so großen Kampfe Verhandlungen stattfinden. Die am 27. Mai begonnene Verhandlungen werden vom Geheimrat Wiedfeld vom Reichsamte des Innern, Oberbürgermeister Dr. Beutler aus Dresden und Gewerberichtsrat Dr. Preller aus München geleitet. Nachdem bis zum 31. Mai keine Einigung erzielt wurde, legten die genannten drei

Zahl der vorhandenen Aufsichtsbeamten nicht genügt, um eine ausreichende Beaufsichtigung der Betriebe vorzunehmen und dadurch eine Kontrolle darüber zu ermöglichen, ob nach den Vorschriften der Arbeitsschutzgesetzgebung verfahren wird. Wo die Arbeiterschaft nun nicht selbst durch ihre Organisationen stark genug ist, um die Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften zu erwingen, ist der Wunsch der Unternehmer, die Bestimmungen der Gewerbeordnung zu umgehen, für und Tor geöffnet, bedeutet doch in fast allen Fällen die Rücksichtnahme für die Unternehmer einen Profit, für die Arbeiterschaft ganz allgemein dagegen einen Schaden.

Man ist es aber auch bei einer Kontrolle den inspizierenden Beamten häufig gar nicht möglich, Verstöße gegen die Vorschriften festzustellen. Es handelt sich oft um Dinge, die nur den in den Betrieben Beschäftigten bekannt sein können. Da auch in nicht seltenen Fällen bei Bekanntwerden des Besuchs der Gewerbeaufsicht auf schnellstem Wege etwa zu Monita Anlaß gebende Dinge wenigstens vorübergehend beiseite geschafft werden, so vermindern sich natürlich für die Beamten die Anlässe für Beanstandungen, ohne daß für die Arbeiter und Arbeitnehmer der Grund zur Beschwerde über Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften beseitigt ist. In der Regel gehen auch die Beamten in Begleitung des Unternehmers oder sonst einer in leitender Stellung befindlichen Person durch die Räume, so daß es — wenn auch nicht gutzuheissen — doch verständlich ist, wenn die Arbeiter und Arbeitnehmer es unterlassen, die Beamten auf etwa vorhandene Ungekehrekeiten oder Mißstände aufmerksam zu machen, ja selbst auf an sie gerichtete Fragen nicht der Wahrheit entsprechend antworten. Ihnen sie sich doch im andern Falle d. r. Geschäftsführung gegenüber wünschlich und sehen sich der Gefahr aus, wenn nicht sofort, so doch bei nächster Gelegenheit entlassen zu werden.

Namentlich die Arbeitnehmer sind dieser Gefahr besonders ausgesetzt. In der Mehrzahl noch unorganisiert, stehen sie den Maßnahmen der Unternehmer und sonstigen Vorgesetzten mehr als ihre Arbeitskollegen schwach gegenüber, die erfreulicherweise besser als die Arbeitnehmer die Notwendigkeit des Zusammengehangs im Interesse der Allgemeinheit und des einzelnen begriffen haben. Gerade aber für die Arbeitnehmer bedeutet die Nichtbeachtung der Vorschriften großen Schaden. Dadurch, daß für die Arbeitnehmer besondere Schutzbüros geschaffen worden sind, ist bewiesen, daß die Arbeitnehmer des Schutzes besonders bedürfen. Es ist deshalb vom Arbeitnehmersekretariat der Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands angeregt worden, *Seitensatzelle für Arbeitnehmer* zu schaffen, in denen diese ihre Klagen über Mißstände und Ungekehrekeiten in den Betrieben weiblichen Vertretungspersonen vorbringen können, die dann, wenn die Beschwerden bestätigt sind, diese der zuständigen Gewerbeaufsicht übermitteln, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen bekanntzugeben.

Das in den Beschwerdestellen gewonnene Material soll vom Sekretariat gesammelt und in geeigneter Weise zur Agitation verwandt werden. Dadurch würden die Beschwerdestellen nicht nur bedrohen, die Durchführung der Arbeitsschutzbestimmungen im Interesse der Gewerkschaft zu ermöglichen, sie würden vielmehr durch ihre Tätigkeit auch die Agitationsarbeiten zur Gewinnung der Arbeitnehmer für die Organisation fördern.

Die Anregung zur Errichtung von Beschwerdestellen erfolgte unter Zustimmung der Zentralstelle der sozialdemokratischen Frauen und im Einverständnis mit dem Parteidienst. Dringend wünschenswert wäre es nun, wenn Gewerkschafts- und Parteidiensten an den einzelnen Orten sich die Umsetzung der Anregung in die Tat angelegen sein ließen.

Das Arbeitnehmersekretariat der Generalkommision, Berlin SO, 16, Engelstr. 15 IV, versendet *Seitensatzellen* Fragebogen und einen kurzen Leitfaden zur Erleichterung der Arbeiten und erklärt sich zu jeder näheren Auskunft gern bereit.

Gerrud Kann.

#### Hirsch-Damderian.

*Hirsch-Damderian.* In Nr. 20 gaben wir im Anhaher an die Mitteilung über den Mitgliedsstand der Metallarbeiterorganisationen Stellen aus früheren Jahrgängen Hirsch-Damderianer Blätter wieder, die über den geringen Mitgliederstand, den unser Verband im zweiten Quartal 1908 erlitten hatte, sofort zurückzunehmen fühlten und blößmachten, verlogenem Zeug probierten. Durch diese „Reminiszenzen“ wurde besonders der Herr Menthe Ritterberger traurigsehnseliges Angehoben, jetzt in Bremen höchst charakteristisch. Das ist ihm so auf die Nerven gefallen, daß er in Nr. 22 des Regulator unter „Reminiszenzen“ zum besten geben möchte. Aber sein Bericht ist von ehrlicher Qualität, wie seine früheren Untersuchungen gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Er warnt mit denjenigen Dingen an, wie in dem Ritterberger Blatt, wegen dessen er im vorigen Jahre vor dem Schönenbergamt Ritterberg pater peccavi sagen mußte. Seine Eideshölzer Gleichaus und Brieftauben, auf die er hinzugetragen war, spielen in dem Prozeß dieselbe traurige Rolle.

Dass der Regulator sich nicht schämte, dieses Ritterbergerische Gesetz aufzunehmen, ist Beweis dafür, daß der Meister des Schülers würdig ist.

## Vom Husland.

#### Schweiz.

Zu dem in heiget Nummer enthaltenen Bericht über den Verbandszug des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes ist die Zahl der Delegierten zu 100 zu niedrig angegeben: nicht 21, sondern 121 Delegierte waren anwesend.

Die jüngste Hirscherzeitung. Das Jahr 1909 war für diese Fabrik auch der offizielle Statistik des eingemündeten Golddepotberichts in Bern erheblich besser als das Jahr 1908. Es wurden 628 728 goldene Uhren abgesetzt, was 63 049 mehr als 1908; jener 2 301 409 übertraf, um 177 534 mehr als im Vorjahr, jenes 2 930 157, um 240 583 oder 8,9 Prozent mehr. Auf die 13 Hauptorte der jüngsten Hirscherzeitung verteilen sie sich so:

Ort	Goldene Uhren		Silberne Uhren	
	1908 Summe	1909 Summe	1908 Summe	1909 Summe
Biel	33774	40267	257959	237456
La Chaux-de-Fonds	412052	438612	34242	34810
Delémont	7	—	64555	51742
Fribourg	3978	5245	82452	58856
Genf	12549	11816	145366	217524
Granges (Saignelégier)	2225	3086	261122	301560
Le Locle	78155	96771	101885	106236
Neuenburg	—	—	12274	72405
Le Montreux	11900	17181	296366	283523
Pruntrut	—	—	170005	201516
St. Gallen	10539	10720	156228	136731
Schaffhausen	—	—	44161	49619
Zürichingen	410	—	497256	512411
Zugingen	255679	628728	2123575	2301409

Chaux-de-Fonds (Kanton Neuenburg) ist der Hauptort der Schweiz mit goldenen Uhren, kommt dann La Chaux-de-Fond folgen, Zürichingen, der Hauptort der Zürcherlande mit silbernen Uhren, kommt auf Granges, Neuenburg, Biel, St. Gallen zu.

So den obigen Gesamtzahlen kommen noch 225 719 eine Uhrengruppe, wobei 22 519 goldene und 261 447 silberne, die in England angeführt, aber in der Schweiz aufgeführt kommen, kommt die Gesamtzahlung auf 3 214 023 Uhren, wobei 651 297 goldene und 2 562 526 silberne, liegt.

Silberuhren in Gold und Silber wurden 121 412 abgesetzt, dazu 215 116 kostbare und amtlich geprüfte Silberuhrenstifts gesetzgebungen. Diese Ziffern ergeben natürlich nicht die gesamte jüngste Uhrenindustrie, nach die gesamte Einsicht

aus dem Ausland, sondern besagen nur, wieviel Stück am Tag geprüft beziehungsweise abgesetzt wurden.

Der Wert der zur Fabrikation der Gold- und Silberuhren verwendeten Edelmetalle wird von amtlicher Seite auf circa 37 Mill. Franken für das Gold und 7 Millionen für das Silber geschätzt, zusammen 44 Millionen Franken. Dabei ist der Wert des Kilos Silber mit 80 Franken — der niedrigste Satz im letzten Jahrzehnt — und der des Goldes mit 2437,46 Franken angenommen.

Eine schäkernwerte orientierende Befragung erfahren alle diese amtlichen statistischen Angaben durch den in Biel domicilierten Abgeordneten Genossen Ritter in der kürzlich veröffentlichten Jahresbericht des Schweizerischen Arbeiterssekretariats. Ritter führt hier aus, daß sich in den ersten Monaten des Jahres 1909 die schon seit drei Jahren herrschende Krise in der Uhrenindustrie noch fühlbar mache, als in den vorhergegangenen Jahren und erst in den letzten drei Monaten eine Besserung eingetreten ist. Sehr skeptisch äußert er sich über die voraussichtliche Gestaltung der Geschäftslage im Jahre 1910 und namentlich im Hinblick auf die fortwährenden technischen Neuerungen in der Produktion, die Verplastung der Industrie in andere Länder und die immer noch zu lange Arbeitszeit der in der Industrie tätigen Personen.

Von der Fabrikation mit neueren Einrichtungen kann man sich einen Begriff machen durch Vergleichung folgender, einem offiziellen Bericht entnommener Zahlen. Im Jahre 1888 betrug der Wert unserer Ausfuhr an Uhren 88,88 Millionen Franken und es waren zu dieser Zeit 44 147 Personen in der Uhrenindustrie beschäftigt. Im Jahre 1906, also 18 Jahre später, betrug die Ausfuhr 150,40 Millionen, die Arbeiterzahl 53 000. Der Mehrwert des Exports beläuft sich auf 61,51 Millionen oder 69 Prozent, während die Zahl der beschäftigten Arbeiter im gleichen Zeitraum nur um 8853 oder 20 Prozent gestiegen ist. Zu erwähnen ist dabei noch, daß bis 1895 und an manchen Orten noch länger die 11stündige Arbeitszeit die Regel war, seither aber allgemein der 8stündige eingeführt wurde.

Die ausführliche Konkurrenz bildet seit einigen Jahren eine neue Erscheinung, die hilft, den Uhrenarbeiter in eine immer schwierigere Lage zu versetzen und die Urheber und Förderer derselben sind die schweizerischen Uhrenfabrikanten. Um die Einfuhrzölle des Auslandes zu umgehen, haben sie statt fertige nur demonstrierte, also zerlegte Uhren oder Uhrenbestandteile exportiert, hauptsächlich nach Italien, das ja mit 50 Cts. für eine fertige Fabrik und 1 Ct. für eine goldene Uhr einen niedrigen Zoll hat, und sie bewirkt haben, daß dort die Uhren billig verkauft wurden und werden. Kein Zehntel aller in Italien zum Verkauf gelangenden schweizerischen Uhren sind erst dort renomiert worden, was die Entwicklung der Arbeit den Rentenreuten in der Schweiz und ihre Arbeitslosigkeit bedeutet. Zwei neue Uhrenfabriken in Italien richten sich nun auf die Selbstherstellung der Uhrenbestandteile ein und eine schweizerische Firma war so entgegengestellt, den Konkurrenten auch die Fabrikationsverzweigungen und das nötige Konstruktionspersonal zu liefern. Zugleich offerieren italienische Uhrenfabriken den italienischen Uhrenmarken den Umtausch deutscher Uhren, um den Absatz zu fördern. Die in Italien renommierte Uhr wird, da an die Kundenstadt ebenso billig abgelegt, wie die von der gleichen Fabrik gelieferten fertigen Uhren an die Kundenstadt in der Schweiz.

Und nun wird es auch in Österreich, Portugal, Spanien und selbst im fernen Japan ebenso gemacht oder in Argentinien genommen, so daß der intensivere Rückgang der schweizerischen Uhrenindustrie für die Zukunft fast mathematisch genau zu berechnen ist.

Die Zentralstelle der verschiedenen Branchenverbände der Uhrenarbeiter haben wiederholt in gemeinschaftlichen Sitzungen die für sie sich verhöhlende Situation beraten und schließlich sich auf Vorschläge der Kunden der Unternehmer und ihrer Organe, so der Kamer für die Uhrenindustrie, geeinigt, allein es reagiert niemand daran und der Rückgang vollzieht sich weiter.

Als dritte Hauptursache der Arbeitslosigkeit, auf die man nicht genug aufmerksam machen kann, weil dabei der Arbeiter in dem Sinne der Hauptbedeutung ist, daß er nicht an dem Nachteil direkt, den er selbst, und zwar durch eine langsame Gezeitensversetzung sich aufzufügt, wird die Langzeit- oder Arbeitssatzzeit bezeichnet. Auf der ganzen Linie blüht der Unrat des Minnungsarbeitsmusters von Arbeit nach Feierabend aus der Fabrik, um zu Hause noch einige Stunden zu arbeiten und so den Feierabendtag der Fabrikarbeiter wie den Feierabendtag des Fabrikarbeiters illustriert zu machen. Dazu kommt noch die eigentliche Hausindustrie mit sowieso unbegrenzter täglicher Arbeitszeit.

Hier wurde am besten eine festgelegte Organisation Abbild bringend können, allein die Uhrenarbeiter sind noch immer in Branchenverbänden und Verbänden vereint und der seit Jahren propagierte Gedanke der Schaffung eines leistungsfähigen Industrieverbundes trifft mir sehr langsam zur Tat.

So kommt wohl auch um so leichter im Berichtsjahr in mehreren Uhrenfabriken Lohnuntergrenzen und so die Lage der betroffenen Arbeiter noch mehr verschlechtert werden.

In den ersten Monaten dieses Jahres hat noch der Kammertag der eidgenössischen Kontrollämter die Zahl der abgesetzten Uhrenstücke eine weitere Verbesserung erzielt, so zum Beispiel im Februar auf 280 517, im März auf 289 855 gegen 230 559 im März 1909, allein gleichzeitig wird zum Beispiel aus dem Berner Büro (Biel 2.) berichtet, daß infolge des überraschenden schlechten Gesamtverkaufs in der jüngsten Uhrenindustrie die Edelmetallmacher von jetzt an einen Tag in der Woche und zwar am Montag, regelmäßig seien müter. Mit der höheren Lohnuntergrenze in der Uhrenindustrie, von der seit Monaten die Rede ist, scheint es dennoch, wenigstens im Büro, noch gute Weile zu haben. In der ehemaligen Grenze sollet dagegen die deutschen Uhrenfabrikanten sehr beschäftigt sein. Es ist demnach ein neuer Rückfall eingetreten, der die Situation für die Arbeiter aussehr verschärft.

Vollausgabe 40 J. Neben Heft ist für sich abgeschlossen. Zu ziehen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Aueburg, der preisgekrönte Roman von Bruno Willi, der gegenwärtig in der illustrierten Wochenschrift *In Freien Stunden* abgedruckt wird, findet fortgesetzt das lebhafte Interesse der Leser dieser Zeitschrift. Neben dem Roman gelangen in jedem Heft noch Novellen, Skizzen, Humoresken u. s. w. zum Abdruck. In *In Freien Stunden* kostet pro Heft nur 10 Pf. und ist durch alle Kartelspeditionen und Kolporteurs zu beziehen. Preiseheft liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, losgelöst.

#### Bitte.

Wir suchen lose Nummern der Jahrgänge 1900 und 1901 des Correspondenzblattes der Generalkommision. Kollegen, die uns solche Nummern überlassen wollen, bitten wir, sie uns zu übersenden.

Die Redaktion.

#### Nachtrag.

Magdeburg. In Magdeburg freien die Kupferschmiede. Zugang ist fernzuhalten.

## Verbands-Anzeigen

#### Mitglieder-Gesammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Samstag, 11. Juni:  
Barmen-Ebersfeld. (Schleifer.)

Bremen, Wiesenstr. 36, halb 9 Uhr.

Lindau. Engelbräu, 8 Uhr.

Sonntag, 12. Juni:  
Hannover. Ob. Heizgasm. Langestraße 2, 10.

Montag, 13. Juni:  
Mülheim-Sternrade. Busch, 14.

Donnerstag, 16. Juni:  
Rowatow-Denkendorf. Singer, 1/9.

Rombach. Wagner, Sackt., 8 Uhr.

Roskwein. Sächsischer Hof, halb 9.

Freitag, 17. Juni:  
Eisenach. Fröhlicher Mann, halb 9.

Samstag, 18. Juni:  
Aischaffenburg. Bap. Hof, halb 9.

Augsburg. Drei König, 8 Uhr.

Bremen. Engel, 9 Uhr.

Bruchsal. Pfalz, halb 9 Uhr.

Chemnitz (Bauschloss). Posthaus, 1/9.

Chemnitz (Elektrom.). Nordpol, 9 Uhr.

Darmstadt. Gewerbehofhaus, 9.

Delmenhorst. Nordbrücke, halb 9 Uhr.

Döbeln. Mulfenthal, 9 Uhr.

Dortmund (Kesselschmiede). Schmiede u. Werkstatt, 9 Uhr.

Düsseldorf. Auf dem Berge, 9 Uhr.

Dortmund (Klemperer). Wiederg. 1/9.

Dortmund-Barop. Rudolph, in Homburg, Bahnhofstr., 1/9 Uhr.

Dortmund-Linden. Strunk, 9 Uhr.

Dortmund-Schermbeck. Heidk. 9 Uhr.

Dortmund-Um. Götz, Flügelstr. 8, 1/9.